

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 209.

Montag, den 7. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Auch ein „Umstürzler“ und „Unwürdiger“.

Gerade hundert Jahre sind verfloßen, seitdem Johann Gottlieb Fichte in Berlin seine denkwürdigen „Reden an die deutsche Nation“ hielt, von denen Ferdinand Lassalle gesagt hat, sie seien eines der gewaltigsten Ruhmesdenkmäler unseres Volkes, an Tiefe und Kraft weithin alles überragend, was uns in dieser Gattung aus der Literatur aller Völker und Zeiten überliefert ist. Es war eine Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens und Deutschlands, wo alles Feige und erschrocken sich dem Usurpator und Welt herrscher Bonaparte unterwarf, die Fürsten und die herrschenden Stände voran. Was diese schände genügt hatten an der deutschen Nation, das mußte das Volk entgelten. Die Gelehrten, die Staatsmänner, die Literaten umwarben und umschmeichelten den Korfen. Fichte allein widerstand; er hatte den Mut, aller Gefahr spottend, den Blitz des Gedankens in das Volk zu senden, es aufzurütteln, wahrhaft nationalen und freihetlichen Geist in ihm wachzurufen; es zu ermahnen, sich aus furchtbarer Versunkenheit herauszuentwickeln zu einer wahren und echten Nation.

Seine Reden sind in erster Linie darauf gerichtet, darzulegen, daß die seit herige Volkserziehung keineswegs gleichbedeutend sei mit einer wirklichen Nationalerziehung. Die sogenannte Volkserziehung sei „nicht die Kunst der Bildung zum Menschen“ gewesen, sie habe Bildung und zwar eine beschränkte Bildung, „nur an die sehr geringe Minderzahl der eben daher gebildet genannten Stände gebracht“; die Erziehung der großen Mehrzahl aber, „auf welcher das gemeine Wesen recht eigentlich ruht“, des Volkes, sei „fast ganz vernachlässigt und dem blinden Ohngefähr übergeben“ worden. Eine neue Erziehung müsse die Deutschen zu einer Gesamtheit bilden, „die in allen ihren einzelnen Gliedern getrieben und belebt sei durch dieselbe eine Angelegenheit“. Es dürfe nicht mehr einen gebildeten Stand neben einem ungebildeten geben. Der Unterschied der Stände müsse in der Erziehung völlig aufgehoben sein und verschwinden. Die Gleichheit der Erziehung müsse Platz greifen. Von Erziehung des Volkes im Gegensatz höherer Stände dürfe nicht ferner geredet werden.

Fichte erkannte, daß die offizielle Religion, die Religion der alten Zeit, offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, die mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden mußte, „denn in der neuen Zeit bricht die Einigkeit nicht erst jenseits des Grabes an“. Dem Tyrannen möge es wohl antun, religiöse Ergebung zu predigen und die, denen er auf Erden kein Plätzchen verfallen will, an den Himmel zu verweisen. „Wir anderen aber müßten weniger eilen, diese von ihm empfohlene Ansicht der Religion uns anzueignen, und, falls wir können, verhindern, daß man die Erde zur Hölle macht, um eine desto größere Sehnsucht nach dem Himmel zu erregen.“ Denn: „Der natürliche Trieb des Menschen ist der, den Himmel schon auf dieser Erde zu finden und ewig Dauernendes zu verküßten in sein irdisches Tagewerk, das Unvergängliche im Zeitlichen selbst zu pflanzen und zu erziehen.“

Mit überwältigender Wucht wendet Fichte sich gegen die monströse Lehre, daß die Erziehung die angeborene Sündhaftigkeit des Menschen berücksichtigen müsse. Er wendet gegen die Vertreter dieser in religiösen Dogmen wurzelnden Anschauung als treffende Wahrheit das Wort eines verehrungswürdigen Lehrers des Menschengeschlechts (Jesus von Nazareth) an: „Daß es besser sei, wenn ihnen beizeiten ein Mühlstein an den Hals gehängt würde und sie erkaufet würden im Meer, da, wo es am tiefsten ist.“ Er fügt hinzu: „Es ist eine abgeschmackte Verleumdung der menschlichen Natur, daß der Mensch als Sünder geboren werde; wäre dies wahr, wie könnte doch jemals an ihn auch nur ein Begriff von Sünde kommen, der ja nur im Gegensatz mit einer Nichtsünde möglich ist? Er lebt sich zum Sünder, und das bisherige menschliche Leben war in der Regel eine im steigenden Fortschritte begriffene Entwicklung der Sündhaftigkeit.“ Und weiterhin spricht Fichte die große Wahrheit aus: „Nicht die Natur ist es, die uns verdirbt, diese erzeugt uns im Unschuld, die Gesellschaft ist’s.“

Von altersher hat Standes- und Klassen herrschaft dem wahren Volkstum und seinem natürlichen Recht Hohn gesprochen, unter anderem durch die Anschauung, das Volk sei eine dumme und unwissende Masse und geradezu dazu bestimmt, es zu sein. Es sei von „beschränkten geistigen Fähigkeiten und „beschränkter Einsicht“. Auf diese Anschauung hat die Standes- und Klassen herrschaft stets die Behauptung

gestützt, das Volk taugte nicht zur Teilnahme am Staatsregiment, zur Mitwirkung in öffentlichen Angelegenheiten — also gebühren ihm auch keine politischen Rechte. Zu dieser brutalen Anschauung bekennen sich auch noch heute weite Kreise der herrschenden Klassen, sogar deutsche Staatsmänner. Sie glauben und behaupten, mit der „Erziehung zur Religion“ sei dem Volke genug getan. Hören wir Fichte über diesen Punkt: „Die einzige öffentliche Erziehung, die des Volkes, war (seit her) lediglich Erziehung zur Seligkeit im Himmel; die Hauptsache war ein wenig Christentum und Lesen, und, falls es zu erschwingen war, Schreiben, alles um des Christentums willen. Alle andere Entwicklung der Menschen wurde dem ohngefähr und blind wirkenden Einfluß der Gesellschaft, in welcher sie aufwachsen, und dem wirklichen Leben selbst überlassen.“ Fichte erhebt gegen die Regierenden die Anklage, daß sie der Einführung des zweckmäßig Neuen an die Stelle des Veralteten und Unbrauchbaren sich widersetzen und auf alle Vorschläge dieser Art stets nur die eine Antwort haben: Hierzu habe der Staat kein Geld. „Würde je einmal eine Ausnahme von dieser Regel gemacht, so geschah es zum Vorteil der höheren Lehranstalten, die einen Glanz weitumher verbreiteten und ihren Beförderern Ruhm bereiten; die Bildung derjenigen Klasse aber, die der eigentliche Boden des Menschengeschlechts ist, aus welcher die höhere Bildung sich immerfort ergänzt, und auf welcher die letztere fortwährend zurückwirken muß, die des Volkes, blieb unbeachtet und befindet sich seit der Reformation bis auf diesen Tag im Zustande des steigenden Verfalles.“

Fichte also war ein entschiedener Widersacher des ordnungspolitischen Dogmas, daß das Volk als eine geistig minderwertige Klasse der Vormundschaft der sogenannten „gebildeten“ Klassen unterworfen werden müsse. Er sieht gerade im arbeitenden Volke den Urquell aller Bildung. Und dementsprechend will er dem Volke die möglichst beste Erziehung zu möglichst höchster Bildung zuteil werden lassen. Keine Erziehung zur „ewigen Seligkeit“, keine „Pflanzschule für den Himmel“, sondern Erziehung zur wahren Sittlichkeit, zur Volksolidarität auf dem sicheren Grunde der Gleichheit und Freiheit — das ist Fichtes Erziehungsideal. An die Stelle der Gerichts- und Polizei-Anstalten, der Zucht- und Verbesserungshäuser, der Armenanstalten usw. will er öffentliche Erziehungsanstalten gesetzt wissen, die der Nationalerziehung in jeder Hinsicht dienen. Und mit dieser Erziehung will er auch dem Unheil des Militarismus ein Ende machen. Er sagt:

„Bis jetzt ist der bei weitem größte Teil der Einkünfte des Staates auf die Unterhaltung stehender Heere verwendet worden. Den Erfolg dieser Verwendung haben wir gesehen, dies reicht hin. Dagegen würde der Staat, der die von uns vorgeschlagene Nationalerziehung allgemein einführt, von dem Augenblicke an, da ein Geschlecht der nachgewachsenen Jugend durch sie hindurch gegangen wäre, gar keines besonderen Heeres bedürfen, sondern er hätte an ihnen ein Heer, wie es noch keine Zeit gesehen. Jeder einzelne ist zu jedem möglichen Gebrauche seiner körperlichen Kraft vollkommen geübt, und begreift sie auf der Stelle, zur Ertragung jeder Anstrengung und Mühseligkeit gewöhnt, sein in unmittelbarer Anschauung aufgewachsener Geist ist immer gegenwärtig und bei sich selbst, in seinem Gemüte, lebt die Liebe des Ganzen, dessen Mitglied er ist, des Staates und des Vaterlandes, und vernichtet jede andere selbstische Regung. Der Staat kann sie rufen und sie unter die Waffen stellen, sobald er will, und kann sicher sein, daß kein Feind sie schlägt.“

Wenn Fichte das nicht gesagt hätte, wenn wir diesen Gedanken Ausdruck geben würden, wie es so oft schon von sozialdemokratischer Seite geschehen ist — unsere „Patrioten“ und „Ordnungspolitiker“ würden zernern, das sei eine „umstürzlerische“, auf die „Vernichtung der Wehrkraft des Volkes“ gerichtete Idee. Fichtes Gedanken faßt das Programm der sozialdemokratischen Partei zusammen in die Forderungen: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.“

So, unter Ausschaltung der Standes- und Klassen herrschaft und der theologischen Dressur, unter Anerkennung der Aufgaben und der Würde des Volkes, unter gewissenhafter Berücksichtigung des wahren Zwecks menschlicher Gemeinschaft will Fichte die Volkserziehung eingerichtet wissen, damit sie das Volk zur Nation erhebe, die großer kultureller und humanitärer Leistungen im Interesse der ganzen Menschheit fähig ist. Er wendet sich an die Jugend und an das Alter, an die Geschäftsmänner, die „mit wenigen Ausnahmen dem abgezogenen Denken und aller Wissenschaft von Herzen Feind gewesen“, an die Denker, Ge-

lehrten, Schriftsteller und die Fürsten Deutschlands mit der Mahnung, nicht ferner hinzugehen in Dumpsheit und Achlosigkeit, abzulassen von dem grimmigen und hartnäckigen Widerstande gegen das Bessere, ein neues Geschlecht in Deutschland zu erwecken, damit der deutsche Mann sich glorreich unter allen Völkern erhebe. Den Fürsten und dem Adel sagt er, daß sie seit her im Punkte der Bildung Barbaren gewesen, daß sie durch ihre Habgucht und Herrschsucht die Blüte der Nation zerstört und ihre Freiheit zertreten haben. Aber Freiheit allein ist die sichere Gewähr für die Entwicklung wahrer nationaler Gemeinschaft, und: Freiheit, auch in den Regungen des äußerlichen Lebens, ist der Boden, in welchem die höhere Bildung keimt.“ Also vor allem auch: Freiheit des Denkens und des Meinungs ausdrucks, Lehrfreiheit, keine Vergewaltigung des Geistes.

So Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ im Jahre 1808. Heute schreiben wir 1908. Ein volles Jahrhundert ist vergangen, aber mer kann sich des Eindrucks erwehren, daß die Reden, auch heute noch ihre Begründung und Rechtfertigung in den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und Zuständen finden? Alles das, was Fichte den reaktionären Staatsgewalten und den herrschenden Ständen und Klassen seiner Zeit entgegenhält, das trifft — zur Schmach Deutschlands muß es gesagt werden — größtenteils auch heute noch zu. Vor allem die preussische Reaktion kann sich in seinen Reden spiegeln; ihr vor allem ist es zuzuschreiben, daß das Fichtesche Volkserziehungs- und Nationalitäts-Ideal seine Verwirklichung noch nicht gefunden hat. Aber diese Reaktion ist keine Allmacht, von der das Schicksal der Nation dauernd abhängig ist. Kommen wird die Zeit, wo sie im Volksbewußtsein nicht den geringsten Rückhalt mehr findet, wo sie zusammen brechen wird, — die Zeit, die Fichte prophetisch verkündet hat in den Worten: „Von den Deutschen aus wird dargestellt werden ein wahrhaftiges Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven: — für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt.“ Es ist die Macht erstanden, welche diesen hohen Idealismus zur Wirklichkeit gestalten wird: — die Sozialdemokratie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Berliner Landtagswahlergebnis.

Was unsere Erfolge bei den Landtagswahlen in Berlin und die erbarungswürdige Niederlage des Blockfreinns schon nach den Wahlen ahnen ließen, wird jetzt durch die amtliche Berliner Statistik bestätigt: die ganz außerordentliche Zunahme der sozialdemokratischen Urwähler. Das Urteil, das aus diesen Ziffern über die Schmach des Dreiklassenwahl systems spricht, ist wahrhaft niederschmetternd. 244 059 Urwähler, die zu einem großen Teile zwei Wahlmänner zu wählen hatten, haben im ganzen 443 743 gültige Stimmen abgegeben, und davon waren nicht weniger als 330 873 oder 74,5 Proz. sozialdemokratische Stimmen. Da wir im Jahre 1903 etwas über 218 000 Stimmen zu verzeichnen hatten, so bedeutet das eine Zunahme um 112 635 Stimmen. Von 1903 bis 1908 ist der Anteil der Sozialdemokratie an den Urwählerstimmen in allen Klassen von 66,8 auf 74,5 Proz., also um 8 Proz. gestiegen. Man betrachte nur das Ergebnis in den drei Wahlabteilungen:

In den dritten Abteilungen wurden insgesamt 41 910 freisinnige, 288 415 sozialdemokratische, 6961 konservative, 477 national liberale und 21 554 „unbekannte“ Stimmen von 195 490 Urwählern abgegeben. Eingeschrieben waren 395 557. In den zweiten Abteilungen stimmten von 75 048 eingetragenen Urwählern 41 129, und zwar 24 307 freisinnig, 39 831 sozialdemokratisch, 2169 konservativ, 422 national liberal und 6529 für „unbekannte“ Wahlmänner. In allen zwölf Bezirken der ersten Abteilung erschienenen 7434 von 12 119 eingetragenen Wählern, die 9135 freisinnige, 2627 sozialdemokratische, 619 konservative, 137 national liberale und 822 Stimmen für „unbekannte“ Wahlmänner abgaben.

Gewiß ist zuzugeben, daß die Neueinteilung der Berliner Wahlkreise unsern Genossen die erfolgreiche Arbeit erleichterte. Daß dies aber allein ausschlaggebend war, wie es die reaktionäre Presse hinzustellen beliebt, ist eine Behauptung, die aus der verhaltenen Wut heraus geboren ist. Allenfalls könnte die Neueinteilung einen scheinbaren Grund für einige Mandatsgewinne hergeben, aber die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Urwähler

und ihre gewaltige Zunahme wird dadurch nicht im mindesten berührt.

Man kann freilich begreifen, daß sich die „nationale“ Presse an diesen Scheingrund klammert. Denn der Mißerfolg aller bürgerlichen Parteien springt in die Augen. Entfallen doch von dem Gesamtstimmengewinn 96 Prozent auf die Sozialdemokratie und nur 4 Prozent auf die bürgerlichen Parteien! Die Konservativen, die 1903 noch im ganzen 40 000 Stimmen erhielten, haben diesmal nur 9000 Stimmen aufzuweisen. Schlimmer noch erging es den Nationalliberalen. In sämtlichen 12 Berliner Wahlkreisen erhielten sie ganze 1036 Stimmen.

Die geringste Freude aber wird der Blockfreisinn empfinden. Erst die Statistik über die Urwähler zeigt, was er für eine Antwort für seinen schmächtlichen Wahlrechtsverrat erhalten hat. Denn er hat es, trotz der enormen Bevölkerungszunahme, trotz der Unterflügelung, die ihm Konservative und Nationalliberale von vornherein leisteten, auf einen Stimmengewinn von kaum 20 000 gebracht. Diesmal erhielt er 75 000 Stimmen, während 1903 55 000 Wähler für ihn votierten. Daß dies ein offenkundiger Rückgang ist, darüber werden sich wohl auch die Optimisten vom Schlage der Fischbeck, Kopsch, Biemer und Mugdan klar sein.

Gerade hier, bei einem Vergleich der 330 000 sozialdemokratischen mit den 75 000 freisinnigen Stimmen in allen 12 Wahlkreisen Berlins, zeigt sich so recht die ganze preußische Dreiklassenmacherei. Sowohl die Freisinnigen als auch die Sozialdemokraten haben je 6 Mandate erhalten. Besonders deutlich prägt sich das Mißverhältnis im 12. Wahlkreise aus, wo bekanntlich die Freisinnigen die Wahl des Genossen Hoffmann ansetzten. Die Zahl der freisinnigen Wahlstimmen beträgt hier ganze 2777, die der Sozialdemokratie jedoch 23 849.

Daß die Blockfreisinnigen aus diesen traurigen „Erfolgen“ eine Lehre ziehen werden, ist kaum anzunehmen. Von dem Kampf ums Reichstagswahlrecht wollen wir erst gar nicht reden; hier bedenten die Namen Schöpp und Quas das künftige Programm. Wenn man Leute, wie den biedereren Mugdan, als seine ersten Helden ansieht, der eben beim Stadtverordnetenwahlkampf in Berlin stolz erklärt, er sei ein Gegner des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Kommunen, der Übernahme der Straßenbahnen durch die Stadtverwaltung und der Einführung der Wertzuwachssteuer, so hat man nur nach einer Seite hin Reformeifer: nach noch größerer Korruptionierung.

Schnaps-, Tabak- und Streichholzmonopol in den Kolonien.

Der Referent im Reichskolonialamt für Südwestafrika, Geheimrat Golinelli, ist, wie die „Militär-Polit. Korrespondenz“ hört, mit einer genauen Berechnung der ungefähren Erträge der drei Monopole für Alkohol, Streichholz und Tabak beschäftigt gewesen, durch die Dornburg die Finanzen des Schutzgebietes zu konsolidieren beabsichtigt. Da bei der Schaffung solcher Monopole mit Abfindungen nicht gerechnet zu werden braucht, so dürfte, bemerkt die genannte Korrespondenz, der Vorschlag, der dem heimkehrenden Chef demnächst vorliegen wird, kein ungünstiges Bild ergeben, um so mehr, da durch die Vergebung von Trafiken an alte Soldaten und Beamte angeblich bedeutende Ersparnisse im Pensionsfond gemacht werden können.

Mosoch hat Hunger.

In einem langen Artikel stellt die „Kreuzzeitung“ Betrachtungen an über die Notwendigkeit einer Verstärkung des stehenden Heeres. Auf dem Gebiete der Marine sollen in der nächsten Zeit erhebliche Reiforderungen nicht zu erwarten sein. Deshalb hält man den Moment für günstig, das Landheer weiter auszubauen. Bei Forderungen für die Marine versichern die offiziellen Federn, daß eine starke Flotte geradezu im Lebensinteresse des Deutschen Reiches gelegen sei. Jetzt kehrt man der Abwechslung halber den Spieß einmal um und erklärt: „Deutschlands wichtigste Lebensinteressen beruhen in der starken Überlegenheit seiner Landmacht.“ Kaum sind die Behauptungen verklungen, daß wir einer Verstärkung unserer Seekraft mit Rücksicht auf England dringend bedürfen, da erklärt die „Kreuzzeitung“ mit dürren Worten:

„Mögen die Engländer Schiffe bauen, so viel und so groß, wie sie wollen, das kann uns gleichgültig sein. Dagegen haben wir nur zu sorgen, daß unsere Küsten und Häfen unangreifbar bleiben, was sich mit relativ geringem Aufwand sogar in den Kolonien erreichen läßt. In Abhängigkeit von der englischen Politik geraten wir darum noch lange nicht; so wenig, wie wir es zu Bismarcks Zeiten waren.“

Damit jagt das hochkonservative Blatt nichts andres, als daß es eitel Lug und Trug gewesen ist, was dem deutschen Volk zur Begründung des rascheren Ausbaues der deutschen Flotte vorgemacht worden ist. Die „Kreuzzeitung“ fährt dann fort:

„Abhängig werden wir erst, wenn wir nachlassen, die volle Volkskraft in den Dienst des Heeres zu stellen. Schon aber werden Stimmen laut, wenn zunächst auch noch sich über die da fürchten, daß militärische Forderungen zugunsten des Flottenbudgets zurückgestellt würden. Wir wollen die Berechtigung dieser Besorgnisse nicht unterzücken, aber es scheint uns doch geboten, daß der Kriegsminister in der nächsten Reichstagsagung um eine klare und unzweideutige Antwort darauf ersucht wird. Gewiß haben wir Millionen von Soldaten, aber immer noch zu wenig, wenn auch nur ein einziger wehrfähiger Mann wegen Mangels an Platz nicht ausgebildet werden kann. Schon das wäre ein schweres Unrecht, wenn alle Landwehren Haus und Herd an deren Statt verlassen müßten, wenn reife Männer für diensttaugliche Jünglinge ins Feld zögen.“

Der Kriegsminister wird auf eine solche Anfrage, die ihn ja nicht unvorbereitet trifft, gewiß eine Antwort geben, die die Konservativen vollumfänglich befriedigt. Wenn aus den Reihen des Reichstags selbst das Verlangen kommt, das Heer zu verstärken, dann braucht man nicht gerade von einem zu heißen, um diesem Verlangen nicht widerstehen zu können. Es scheint überhaupt jetzt Mode zu werden, daß politische Parteien die Regierung zu Mehrausgaben drängen. Damit hat die Regierung natürlich einen wesentlichen leichten Stand, denn sie kann sich stets darauf berufen, daß sie

Wünschen entgegenkomme, die im Reichstage laut geworden sind. Dieses Entgegenkommen wird natürlich nur gewährt, insofern die Wünsche maritimer, militärischer, kolonialer oder scharfmacherischer Natur sind. Andere Wünsche, namentlich sozialpolitischer Art, pflegen die Reichsregierung herzlich kalt zu lassen.

Man beachte den Gang des Spiels: Zuerst taucht die Nachricht auf, daß dem Reichstag eine neue Militärvorlage zugehen soll. Das wird dementiert, mit dem Hinweis darauf, daß keinerlei Pläne nach dieser Richtung hin vorliegen. Dann kommt die Meldung, daß in Verbindung mit der Reichsfinanzreform eine Militärvorlage eingebracht werde. Die Dementierspritze arbeitet wieder: mit der Reichsfinanzreform ist eine Militärvorlage nicht verbunden. Die Frage, ob eine solche Vorlage vielleicht nebenher geht, bleibt offen. Jetzt auf einmal bringt die „Kreuzzeitung“, das Organ der konservativen Partei, die direkte Aufforderung, eine Militärvorlage einzubringen, und nun wird die Sache auch bestimmt in Fluß kommen. Der Artikel der „Kreuzzeitung“ schließt dann:

Es ist charakteristisch für die irreführende öffentliche Meinung, daß geradezu ein Zug von Besonnenheit durch einen großen Teil der deutschen Presse ging, als es kürzlich hieß, daß eine Seeresorvorlage bevorstehe. Man atmete auf, als die Nachricht dementiert wurde. Hätte es sich um eine neue Marinevorlage gehandelt, so wären hundert Federn gleichzeitig in Tätigkeit getreten, um ihre Notwendigkeit ohne Rücksicht auf die Kosten zu beweisen. Das ist ein durchaus ungesunder Zustand. Meer und Flotte sind beide nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck, aber von sehr verschiedenem Werte für den Bestand und die Machtstellung des Reiches.

Die auf Marinevorlagen eingedruckten Federn werden sich natürlich schleunigst mit der neuen Gestaltung der Dinge befreunden, und in wenigen Wochen werden wir in der „sonangebenden“ Presse bis zum hinterpommerschen Amtsblättchen herab Artikel finden, in denen haarscharf bewiesen wird, daß Deutschland beim heutigen Stand seiner Wehrmacht es kaum mit dem kleinen Dänemark, geschweige denn mit Frankreich oder England aufnehmen könne. Der deutsche Michel wird wieder tiefer, sehr tief in die Tasche greifen müssen.

Blockade.

Der Demokratische Verein in Frankfurt a. M. hat folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Mitglieder der Demokratischen Vereinigung in Frankfurt a. M. halten einen Fortschritt durch die Blockade für ausgeschlossen und danken den Führern der Demokratischen Vereinigung für den Kampf gegen die Blockade.“

Nur schade, daß den Büren-Demokraten genau so wenig zu trauen ist, als wie ihren sonstigen Blockbrüdern.

Gelegenheit zu einer Flottendemonstration.

Die „Internationale Korrespondenz“ bringt folgende Meldung aus Caracas:

„Der Präsident Castro hatte einen Zusammenstoß mit dem deutschen Gesandten Freiherrn von Seckendorff. Letzterer wollte ein Schiffelegramm nach Berlin senden, erhielt aber vom Präsidenten Castro die Anweisung, vor der Absendung des Schiffelegramms ihm eine Übersetzung einzureichen, sonst könnte ihm die Absendung nicht gestattet werden. Der deutsche Gesandte hat diese Zumutung auf das schärfste zurückgewiesen. Präsident Castro scheint es darauf abzusehen, die Vertreter fremder Staaten bewußt zu verletzen. Nach dem unheilvollen Zwischenfall mit dem holländischen Gesandten soll er gesagt haben: „Die Auswärtigen sind hier zu nichts gut. Ich werde mich freuen, sie alle aus dem Wege räumen zu können.“

Wir werden uns nicht wundern, wenn die Kriegsfürmer in Ermangelung einer anderen Gelegenheit die Ausrüstung und Absendung einer Schlachfflotte verlangen, um Venezuela mit seinem unhöflichen Präsidenten zur Reize zu bringen.

Bülow und der interparlamentarische Friedenskongress.

Am 17. September tritt in Berlin der interparlamentarische Friedenskongress zusammen. Parlamentarier der meisten Kulturländer vereinigen sich, um den Völkerrfrieden zu fördern. Dem Vernehmen nach soll der Reichskanzler beabsichtigen, den Kongress durch eine Ansprache zu eröffnen. Das erscheint gewissen Leuten bedenklich. So äußerten die „Hamburger Nachrichten“ Zweifel, ob die Eröffnung des Kongresses durch eine Rede des Fürsten Bülow politisch nützlich sei, da dadurch der Eindruck der Straßburger Kaiserrede abgeschwächt und die Vermutung wachgerufen werden könnte, als ob wir auf die Friedensströmereien allzuviel Wert legten.

In der Straßburger Rede hat der Kaiser gesagt, es sei seine innerste Überzeugung, „daß der europäische Frieden nicht gefährdet ist“ und daß er nicht zuletzt durch das deutsche Volk in Waffen geichert und verbürgt werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nun hält die Besorgnisse der „Hamburger Nachrichten“ für unbegründet und bemerkt dazu: „Der ganze interparlamentarische Friedenskongress läßt uns recht kühl. Die Herren mögen das Beste wollen; ihre Tätigkeit bleibt bedeutungslos, und das ist auch gut so. Bei den meisten internationalen Völkermachereien kommt verzweifelt wenig heraus. Die allgemeinen Redensarten, die man in den verschiedenen Kulturprachen vom Stapel läßt, haben wenig Wert und wenig Wirkung. Deshalb tut man gut daran, wenn man die internationalen Friedensparlamentarier ruhig reden läßt, ohne sich dafür oder dagegen zu ereifern. Wenn Fürst Bülow den Kongress eröffnen will, so tut er das jedenfalls deshalb, weil er es für ein Gebot der internationalen Höflichkeit hält. Nur dann würde die Eröffnung durch ihn vielleicht bedenklich sein, wenn er in seiner Rede den Bestrebungen der Herren einen zu großen Wert beimessen sollte. Das ist aber nicht zu erwarten.“

Damit beurteilt die „Deutsche Tageszeitung“ den Fürsten Bülow ganz richtig. Wir wollen heute an dieser Stelle auf Wert und Bedeutung interparlamentarischer

Friedenskongresse nicht eingehen und nur darauf hinweisen, daß das Bündlerblatt ein Organ des Realpolitikers ist. Jedenfalls würden die Teilnehmer des Berliner Kongresses gar keine Veranlassung haben, sich darüber zu beklagen, wenn Fürst Bülow es unterließe, mit einigen Redensarten ihnen gegenüber ein „Gebot der internationalen Höflichkeit“ zu erfüllen. Einem solchen Höflichkeitsakt von dieser Seite ist ebensowenig Wert beizumessen, wie z. B. dem Umstande, daß Fürst Bülow als Ehrenmitglied dem Komitee angehört, welches Johann Gottlieb Fichte, dem großen Verkünder der Volksfreiheit und der Völkersolidarität, ein Denkmal setzen will.

Rußland.

Tolstoi und die Bureaucratie. Angesichts der infernalischen Heße, die die Regierung, von den Schtruppen unterstützt, gegen Tolstoi inszeniert hat, dürfte es von Interesse sein, die Verfolgungen kennen zu lernen, denen Tolstoi während der letzten Jahrzehnte von der Bureaucratie ausgeht war. N. Falejew veröffentlicht in der „Stowo“ eine Reihe von Rundschreiben der Oberprüfungsverwaltung, der wir folgendes entnehmen: Es wurde allen Prüfungsorganen anbefohlen: 1. 28. März 1890: „Jegliche Polemik anlässlich der „Kreuzersonate“ einzustellen.“ 2. 1892: Den Brief, den Tolstoi in der „Daily Telegraph“ veröffentlichte, nicht nachzudrucken. 3. 4. Juli 1894: „Keinerlei Nachrichten über Graf L. N. Tolstoi, seine Werke und sein Privatleben weder vollständig noch in Auszügen aus den ausländischen Zeitungen abzudrucken.“ 4. 1898 (zum 70 jährigen Jubiläum Tolstois): „Keinerlei Artikel oder Notizen über das bevorstehende Jubiläum des Grafen L. N. Tolstoi zu bringen.“ 5. 25. Februar 1901: „Keinerlei Erörterungen an die Bestimmung des Synods vom 20. und 22. Februar betreffend die Exkommunikation des Grafen L. N. Tolstoi zu knüpfen.“ 6. 8. August 1901: „Keinerlei Nachrichten über die Reise des Grafen L. N. Tolstoi nach dem Süden und die Ovationen, die ihm seine Verehrer darbrachten, abzudrucken“ usw. usw. — Am interessantesten ist jedoch nachstehendes Rundschreiben, das der Minister des Innern, Spjagin, anlässlich der Gerichte über eine erste Erkrankung Tolstois am 29. Januar 1902 verbreitete: „In Anbetracht der Möglichkeit, daß in aller nächster Zeit der Tod des Grafen L. N. Tolstoi eintritt und von der Ansicht ausgehend, daß man dann gegen das Abdrucken von Artikeln, die seiner Lebensschilderung und literarischen Tätigkeit gewidmet sind, nichts einzuwenden haben kann, erachte der Minister des Innern es als notwendig, daß die Verfügung vom 3. September 1883 in Kraft bleibe und daß in allen Mitteilungen und Artikeln über Graf L. N. Tolstoi die nötige Objektivität und Vorsicht gewahrt werde.“

Beschwichtigungsmanöver. In einer Unterredung mit dem Duma-Präsidenten Thomajow erklärte Ministerpräsident Stolypin die Gerichte von einer drohenden Reaktion und Abschaffung der Reichsduma für unwahr. Die Regierung arbeite vielmehr Gesetzesentwürfe betreffend die lokale Selbstverwaltung, die Dorfgemeindeordnung und die Pressefreiheit für die bevorstehende Session der Reichsduma aus.

Der weiße Schrecken. In der Nacht zum Sonnabend wurden in Lodz 200, hauptsächlich den besseren Ständen angehörende Personen verhaftet. Den Grund zu dieser Maßregel verschweigt der offizielle Telegraph.

Türkei.

Freilassung verhafteter Staatsbeamten. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel wurden der frühere erste Sekretär des Sultans, Tahsin, der Minister des Innern, Menduh, sowie die anderen Verhafteten soeben aus der Haft entlassen, bleiben aber vorläufig unter Polizeiaufsicht. Nedjib Melhame und der frühere Marineminister Hassan Rahmi werden weiter in Untersuchung zurückgehalten.

Marokko.

Der letzte der Mohikaner. Aus der Umgegend von Marrakech stammende Meldungen französischer Blätter bestätigen jetzt die Nachricht, daß die Mahalla Mlugis, des letzten Abdul Aziz treugebliebenen Raids, von den hasidischen Truppen vollständig aufgerieben ist.

Vereinigte Staaten.

Die sozialistischen Frauen und die Präsidentschaftswahl. Der Genosse Eugen Debs, Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen Partei der Vereinigten Staaten, erklärt in dem Chicago „Daily Socialist“ einen Aufruf an die sozialistischen Frauen, in dem er dieselben dringend ermahnt, ihre Kräfte in den Dienst der Wahlkampagne zu stellen. Aber die wertvolle Mitarbeit der Frauen in der sozialistischen Partei schreibt Debs wie folgt: „Meine Beobachtung hat mich gelehrt, daß unsere Bewegung dort am stärksten ist, wo die Teilnahme der Frauen am größten ist. Da unsere Bestrebungen die ganze Menschheit umfassen und da unsere Partei die einzige ist, welche die Frau als Vollmensch anerkennt, sollten wir soviel wie möglich bestrebt sein, die Frauen heranzuziehen, damit sie ihre Stimme erheben können im Namen des Sozialismus, dessen Verwirklichung auch die Emanzipation der Frau bedeuten wird.“ — Die Chicagoer Genossinnen haben ernsthaft damit begonnen, eine sozialistische Frauenstimmrechtspropaganda zu betreiben. Jede Woche halten sie Straßenvorlesungen ab, bei denen viele der besten Redner und Rednerinnen der dortigen Partei die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus erläutern. Die Versammlungen sind, laut den Berichten der Sekretäre, vorzüglich besucht, und sind bis jetzt, trotz der Heberverfälschens der kapitalistischen Presse, absolut ruhig und friedlich verlaufen. Die tapferen Sozialistinnen von Los Angeles, Kalifornien, haben nicht wenig dazu beigetragen, daß der dortige Kampf um die von der Konstitution der Vereinigten Staaten verbürgte Redefreiheit in einem völligen, glänzenden Siege der Sozialisten endete. Die Behörden von Los Angeles hatten eine Reihe unserer Genossen verhaftet, weil sie auf ihr Recht der Redefreiheit bestanden, und unter den Verhafteten befanden sich auch vier Frauen. Man fand es aber für ratsam, sie baldigst

wieder zu entlassen, denn man hatte sich wohl überzeugt, daß ein solches Vorgehen nur der Sache des Sozialismus dient.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 7. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Gebner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Finkhauser, Grönmühle, Hafenstraße, Sielbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chauffee und Fabz, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Gebner und Gebner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Fabz im Finkhauser und über den Bau Hafenstraße (Grönmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Püsterdamm 10, sowie F. Dettmann, Königsstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Aus dem Gerichtssaal. Ferienstraffammer. Wegen Diebstahls eines Kostümrocks war das Dienstmädchen H. vom hiesigen Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteils hat die Angeklagte Berufung eingelegt mit dem Ersuchen, daß die Strafkammer nach umfangreicher Beweisaufnahme unter Aufhebung des Urteils der ersten Instanz auf Freisprechung erkannte. — Der bereits vorbestrafte Knecht M. hat dem Gärtner Wehrens ein Paar Stiefel gestohlen; ferner entwendete er aus einer Baubude in Cleverbrück ein Paar Triiklinge. Wegen dieser Missetaten verurteilte ihn die hiesige Ferienstraffammer am Sonnabend zu 9 Monaten Gefängnis. — Wegen Körperverletzung und Vergewaltigung gegen die Seemanns-Ordnung hatte sich der Maschinist R. vom Dampfer „J.“ zu verantworten. Der Angeklagte hat am 25. Oktober v. J. im Verlaufe eines Streites mit dem Schiffskoch letzteren derartig ins Gesicht geschlagen, daß er blutete. Weiter hat R. beim hiesigen Seemannsamt eine Beschwerde eingereicht, in welcher er behauptete, das Schiff sei nicht seetüchtig, da unter dem großen Dampfkessel eines der Riechtägeren, mit dem der Kessel verbunden ist, durch Rost zerföhrt sei, und zwar soweit, daß durch eine Verlagerung des Kessels sowie durch eine auf die Zerföhung des Riechtägerens zurückzuföhrende Deformation des unteren Schiffsverbandes Schiff und Menschenleben bei schwerem Wetter gefährdet seien. Die auf Grund dieser Eingabe vorgenommenen Untersuchungen haben nach den Aussagen der Sachverständigen ergeben, daß die von dem Angeklagten bezeichnete Platte zwar verrostet war, daß die Platte aber keinen Einfluß auf den Zustand der Schiffskonstruktion gehabt habe. Das Riechtägeren sei durchaus intakt gewesen. Nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte durch die Einreichung seiner Beschwerde leichtfertig gehandelt und sich damit eines Vergewaltigen gegen 108, Absatz 2 der Seemannsordnung schuldig gemacht. Das Urteil erging dahin: der Angeklagte hat wegen Körperverletzung 60 Mk. und wegen Vergewaltigen gegen die Seemannsordnung 40 Mk. Geldstrafe zu zahlen. — Die Böglinge des Technikums in Gütin hatten nach einer durchkneipten Nacht das Bedürfnis, schlechte Scherze zu machen. Ein solcher brachte den Techniker R. auf die Anklagebank. Der junge Mann hatte mittelst eines Strickes, den die Kommissionen unterwegs gefunden hatten, die Türklinte eines Hauses, in dem die besagte Produkthändlerin Sch. wohnte, mit dem Pfosten derart verbunden, daß die Tür nicht zu öffnen war. Als die Frau am Morgen zum Brunnen wollte, konnte sie nicht zum Hause hinaus. Später, als die Anzeige erstattet war, hat R. noch einen spöttischen Brief an die alte Frau geschrieben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Tagen Gefängnis. — Wegen Körperverletzung und Beleidigung wurde der Bauunternehmer L. aus Jissau vom Schöffengericht Gütin zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen dieses Urteils legte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung ein. In der Angelegenheit fand bereits ein Termin statt, der aber vertagt werden mußte, da L. den Bauernvogt Sch. zu Jissau, welchen er gelegentlich der Chauffierung der dortigen Dorfstraße mit einer Kreuzhacke bearbeitete, des Meineids beschuldigte. Die Beschuldigung ergab sich als haltlos. Das Gericht verwarf beide Berufungen.

Beneiz, Ella Hartmann. Am kommenden Freitag hat die treffliche erste Liebhaberin des Stadttheaters, Fräulein Ella Hartmann, ihr Benefiz. Zur Aufführung gelangt das interessante Schauspiel „Lieberlei“ von Schnitzler sowie das Lustspiel „Wenn wir altern“ von Büchtemann. Das Lübecker Publikum wird sicherlich gern die Gelegenheit benutzen, um der Künstlerin, die während ihrer hiesigen Wirksamkeit so manche schöne Probe ihres Talents gab, durch ein volles Haus zu beweisen, daß man hierorts wahre Kunst zu schätzen weiß. Ein genussreicher Abend steht mit Sicherheit zu erwarten.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 5. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 14, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 14, Luft 15; mittags 12 Uhr: Wasser 14, Luft 16; abends 6 Uhr: Wasser 14, Luft 13½ Grad Celsius. — Sonntag, den 6. Septbr., morgens 6 Uhr: Wasser 14, Luft 10; 10 Uhr: Wasser 14, Luft 14; mittags 12 Uhr: Wasser 14, Luft 14 Grad Celsius.

pb. Kleines Schandfeuer. Durch unvorsichtiges Kochen von Teer auf einem Pappdache entstand gestern morgen auf dem Grundstück Lütkenhagen 30 ein kleines Feuer, welches ohne besonderen Schaden anzurichten im Entstehen gelöscht wurde.

pb. Ein rabiatier Schuhmacher. Festgenommen wurde ein Schuhmacher aus Kniebis, der sich am 6. ds. Mts. vormittags in einem hiesigen Geschäft des Hausfriedensbruchs, der Bedrohung und Beleidigung schuldig machte.

pb. Stadtbrieffing. Ein Arbeiter aus Pommeranzdorf, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung stadtbrieffing verfolgt wird, wurde festgenommen.

pb. Ein Schaufenster beraubt. In verloffener Nacht wurde ein Schaufenster eines an der Breitestr. gelegenen Schuhwarengeschäfts mittels Eindringens der Glasscheibe erbrochen, und aus demselben 3 Paar Herrenstiefel, bezw. Schnürstiefel mit Lackbesatz gestohlen.

pb. Uffendiebstahl. In der Nacht vom 4. zum 5. September sind aus der Kammer des 1. Maschinisten des im hiesigen Hafen liegenden Dampfers „Alice“ folgende Gegenstände gestohlen: 1 silberne Herren-Remontuhr mit Goldrand. Auf dem Zifferblatt steht der Name „Omega“. An

der Uhr fand sich eine Golddoublet-Rette. 1 silberne Tabakdose, in deren Deckel die Buchstaben D. G. A. eingraviert sind, und ein neues gelbes Lederportemonnaie mit etwa 28 Mk.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die letzte Woche bringt noch einige interessante Aufführungen: „College Crampton“ von Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzlers „Lieberlei“ und morgen, Dienstag, Genet's „Bauermeister Solneß“ in der Übersetzung von Sigurd Jbsen. Für die Titelrolle ist Georg Braag gewonnen, in dessen Händen auch die Spielleitung liegt. Am Mittwoch ist, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Wiederholung der reizenden Offenbach'schen Operetten „Hanni weint und Hansi lacht“ und „Ber- lobung bei der Laterne“ bei ermäßigten Preisen vorgesehen.

Schwartau. Die Wahlmännerwahl findet am Freitag, den 18. September 1908 in Heuers Hotel, Schwartau, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags statt. Es sind 6 Wahlmänner zu wählen.

*** Schwartau.** Gemeinderatssitzung. Als Armenvater wurde für den verstorbenen Schneidermeister Bahrs der Schlossermeister Kleesee gewählt. Von Seiten unserer Genossen wurde angeregt, auch Frauen als Armenpflegerinnen anzustellen. Zigarrenfabrikant Timm wurde als Gemeindevorstand gewählt. Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs beantragt, ihm zur Anschaffung eines Platates eine Summe zur Verfügung zu stellen. Der Antrag, von unsern Genossen bekämpft, wurde mit Stimmgleichheit abgelehnt. Fast einstimmig angenommen wurde der Bau eines Wasserwerkes. Die Kosten werden sich auf ungefähr 153 000 Mk. stellen. Die Verzinsung des Kapitals ist mit 4½ Proz. und die Amortisierung mit 2½ Proz. angeschlagen worden. Bei einem Wasserverbrauch pro Kopf und Tag von 45 Liter würde sich der Preis für den Kubikmeter Wasser auf 30 Pfg. stellen. In zweiter Lesung wurde der Entwurf eines Ortsstraßengesetzes angenommen. Der folgende Punkt „Wertzuwachssteuer“ hatte eine ganze Anzahl Mitglieder des neugegründeten Haus- und Grundbesitzer-Vereins, die sonst wenig oder gar keinen Anteil an den Gemeinderatssitzungen nehmen, auf die Beine gebracht; handelte es sich doch um ihre persönlichen materiellen Interessen. Es nützte ihnen aber alles nichts; mit 8 gegen 4 Stimmen wurde die Einführung der Wertzuwachssteuer in zweiter Lesung beschlossen, nachdem noch einige Verschlechterungen an dem Entwurf vorgenommen wurden. Genoss in zweiter Lesung beschlossen wurde die Umpflasterung der Bahnhofstraße, Solbadstraße, Kaltenhöferstraße, Schulstraße, Kaltenhof und Löperberg. Der in der ersten Lesung genehmigte Antrag der Ortskrankenkasse, das Krankengeld vom Tage der Erkrankung an zu zahlen, wurde angenommen. Die Herren König und Röhr wurden als Vertrauensmänner zur Auslosung der Schöffengewähl. Verschiedene Steuerfachen bildeten den Schluß der Sitzung.

Neufeld. Auf zur Landtagswahl! Die Wahlmännerwahlen finden am Sonnabend, den 19. September, nachmittags von 5—7 Uhr in der Halle des Gastwirts Lampe zu Pariner Berg statt. Zu wählen sind fünf Wahlmänner.

*** Ratkau.** Parteiverammlung. Zu Beginn der Versammlung wurden einige Mitglieder aufgenommen. Der Rassenbericht für das 2. Quartal wurde angenommen. Genosse Grabbert wurde als 2. Vorsitzender gewählt. Ferner wurden zwei Wahlmänner zur Landtagswahl aufgestellt. Genosse Leu hielt dann einen Vortrag: „Was will die Sozialdemokratie?“ Demselben folgte eine längere Diskussion.

West-Ratkau. Wahlmännerwahl am Donnerstag, den 17. September, nachm. von 3—6 Uhr im Lokale des Herrn Nau in Tegau. Zu wählen sind 6 Wahlmänner, die hoffentlich von unsern Genossen gestellt werden.

Arzrade. Mit den Landtagswahlen beschäftigten sich gestern zwei Volksversammlungen, von denen die eine hier selbst im Räucherfaden des Herrn Jürs, die andere in Gashagen im Hause des Herrn Augustin stattfand. In beiden Versammlungen referierte Genosse Stelling-Lübeck. Hoffentlich zeitigen die beiden Versammlungen den Erfolg, daß unser Wahlmann in der Gemeinde Oberwohlbe mit großer Mehrheit gewählt wird. Die Wahl des Wahlmanns findet statt am Freitag, den 18. Sept., nachm. von 5—7 Uhr in Klüvers Gasthof in Oberwohlbe.

Dojan. Am Freitag, den 18. September, nachmittags von 4—6 Uhr, finden die Wahlmännerwahlen für unsere Gemeinde in Lübers Gasthaus in Hufsfeldt statt. Zu wählen sind 4 Wahlmänner.

Curau. Eine Volksversammlung fand gestern hier im Lokale des Herrn Schulz statt. Über die Landtagswahlen referierte Genosse Stelling-Lübeck. Mehrere Genossen ließen sich in die Partei aufnehmen. — Die Wahl der Wahlmänner findet hier statt am Sonnabend, den 19. September von 5½—7½ Uhr im Lokale des Herrn Million.

Malente. Die Wahlmännerwahlen zum Landtage finden für unsere Gemeinde am Donnerstag, den 17. September, von 5—7 Uhr nachmittags in Krohns Gasthof statt. Es sind 5 Wahlmänner zu wählen.

Dujendorf. Zur Landtagswahl. Die Wahlmännerwahlen finden für die Gemeinde Redingsdorf am Freitag, den 18. September, von 4—6 Uhr in Pings' Gasthof, hier selbst statt. 2 Wahlmänner sind zu wählen.

Alfrensböf. Für die Landgemeinde finden die Wahlmännerwahlen am Sonnabend, den 19. September, nachmittags von 3—5 Uhr im Lokale des Herrn Feß, Steinbamm, statt.

Gütin. Mit den Landtagswahlen beschäftigte sich eine Sonnabendabend bei Herrn Paul Schröder abgehaltene Volksversammlung. In seinem Referat behandelte Genosse Stelling-Lübeck u. a. auch die Praktiken der liberalen Vereine Gütins, die die Wahlmänner-Kandidaten des Bürgervereins einfach akzeptieren, ohne ihre Mitglieder zu fragen. Ferner gerpflückte er das Flugblatt des Herrn v. Ledebow. In der Diskussion forderte Genosse Vollack zum Eintritt in die Partei auf.

Schönberg. Weil die Polizeimacht so viel zu tun hatte, kamen die Holzarbeiter um den Ball. Zum Sonntag, 28. August, sollte hier ein öffentlicher Ball der Holzarbeiter stattfinden. Bei der Behörde, die hiesige Landvogtei, wurde um die Erlaubnis dazu nachgesucht. Resultat (wie gewohnt) abschlägig beschieden. Jetzt wurde Beschwerde bei der Landesregierung geführt. Die Regierung antwortete: „Dem Gesuche vom 4. d. Mts. um Dispensation vom Sonntagsgesetze für den 28. d. Mts. kann im Beihalt des abschlägig angeschlossenen Verichts der Großherzoglichen Landvogtei in Schönberg vom 7. August nicht stattgegeben werden.“ Und nun höre man, was denn der Herr v. Malzhahn an die Regierung berichtet hat: Am Sonntag, den 28. August, findet das Gaurntfest in Schönberg statt. Zu diesem Fest werden mindestens

500 Turner erwartet. Außerdem wird ein starker Zufluß von Menschen aus Lübeck, dem Lande und den umliegenden kleinen Städten an diesem Tage nach Schönberg stattfinden. Es wird für die wenigen Beamten sehr schwierig sein, die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten, besonders da der ganze Verkehr in der einen langen Straße, die Schönberg besetzt, sich abspielt. Es findet bereits in drei Lokalen für die Turner Tanzmusik statt. Aus diesem Grunde ist es nicht wünschenswert, daß auch noch andere Vereine Tanzmusik abhalten.

gez. von Malzhahn.
Da die Holzarbeiter es nun durchaus nicht einsehen konnten, was ihr Tanzvergnügen mit dem Verkehr auf der einen langen Straße zu tun haben könnte, so wurde der Landesregierung in einem erneuten Schreiben mitgeteilt, daß sie die Gründe in dem Bericht der Landvogtei nicht als stichhaltig anzuerkennen vermögen. Denn was quält es die Holzarbeiter Schönbergs, ob die Turner in drei oder zehn Lokalen ihren Patriotismus loslassen. Prompt erfolgte von der Regierung diese Antwort: „Auf Anordnung Großherzoglicher Landesregierung wird die Zahlstelle auf den ihr erteilten abschlägigen Bescheid, bei dem es sein Bewenden behalten muß, verwiesen.“ Gut, dachten die Holzarbeiter, das ist also nichts zu machen, die Obrigkeit will nun einmal nicht, und sie hat die Macht. Also kamen sie um Ballerlaubnis für den folgenden Sonntag ein, in der guten Hoffnung, die Genehmigung würde erteilt, da ja keine Gefahr wegen des patriotischen Turnerfestes mehr bestand. Aber fehlgeschossen! Es kam folgende Antwort:

Der Antrag auf Erteilung von Tanzerlaubnis für den 30. August 1908 wird abgelehnt unter dem Anheimgaben, die Erlaubnis zum 27. September 1908 nachzugeben.

Dr. Cordua.
Vermutlich also steht die Polizeimacht für den 27. September für das geplante Tanzvergnügen zur Verfügung. Die bewußten Arbeiter denken aber gar nicht daran, nun gerade an jenem Tage sich zu vergnügen.

Übrigens sei zur Vervollständigung des Bildes mitgeteilt, daß früher ein für den 18. August geplantes Stützungsfest die nachgesuchte Erlaubnis zur Abhaltung nicht erhielt; mit der Begründung, daß das geplante Fest ja gerade in die Zeit der Ernte fiel.

So wird das mecklenburgische Regierungssystem unverfälscht gelübt noch im Jahre 1908!

Hamburg. Über Erkrankungen beim Elbtunnelbau wird berichtet: In der letzten Zeit sind von den bei den Abteufungsarbeiten im Einfahrtsschacht auf Steinwärdern beschäftigten Arbeitern einzelne erkrankt. Je tiefer der Schacht getrieben wurde, je mehr häuften sich die Erkrankungen. Am Mittwoch erkrankten wieder drei und am Donnerstag acht Mann. Die Erkrankten wurden sofort ins Hafentrankenhäus geschafft und erholten sich dort auch bald wieder. Unter den zuletzt Erkrankten befand sich auch der Baumeister Stockhausen. Die Krankheit äußert sich zunächst durch starken Schwindel, ähnlich der Seekrankheit, dann fallen die Erkrankten zu Boden und werden in allen Gliedern steif. Die sog. Tunnelkrankheit verschwindet meist, wenn die davon Befallenen sofort Hilfe finden, bereits nach einigen Tagen wieder, ja daß die Leute die Arbeit wieder aufnehmen können, kann aber auch sehr ernste Folgen haben. Ein hiesiges bürgerliches Blatt bemerkt: „Es sind, wie wir schon vor einiger Zeit mitteilten, umfangreiche sanitäre Vorkehrungen für die unter Preßluft vor Ort arbeitenden Leute getroffen. Wenn aber jetzt, wo sich die Arbeiten noch auf den Einfahrtsschacht beschränken, sich schon solche Massenkrankungen einstellen, so drängt sich doch die Frage auf, wie sich die Sache erst gestalten wird, wenn die eigentlichen Arbeiten für den Tunneldurchbruch aufgenommen werden. Es wird jedenfalls ein öfterer Schichtwechsel eintreten müssen.“ Das „Hamb. Echo“ erhält von authentischer Seite noch folgende Mitteilung: „Das „Hamburger Echo“ hat schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Arbeit der Erdarbeiter im Elbtunnel sehr gesundheitschädlich ist. In den letzten Tagen sind nun wieder 11 Mann, darunter auch der Baumeister Stockhausen, von der Preßluftkrankheit befallen und dem Hafentrankenhäus zugeführt worden. Die Erkrankten werden an allen Gliedern steif und fallen vom Schwindel erfaßt zu Boden. Starke, gesunde und kräftige Arbeiter kann die Firma ja nicht erhalten, indem dieselben für so einen niedrigen Lohn diese gesundheitschädliche Arbeit nicht verrichten. Wie uns erfahrene alte Tunnelarbeiter, welche bei der Firma schon in Wilhelmshaven unter Preßluft arbeiteten, hier aber wegen des niedrigen Lohnes die Arbeit einstellen, erklären, würden sie zu jeder Zeit bereit sein, mit hiesigen Arbeitern an diesem Hamburger Kulturwert wieder mit zu arbeiten, wenn die Firma Holzmann ein Tarifverhältnis mit der Organisation, wie es in Wilhelmshaven ja auch geschah, abschließen würde. Beschäftigt werden daselbst meistens mit Vorliebe Ausländer. Auf die vielen Anfragen von hiesigen Arbeitern sei hier nochmals bekannt gegeben, daß für die organisierten Arbeiter Hamburgs die Erdarbeiten im Elbtunnel so lange gesperrt sind, bis eine Einigung mit der Firma Holzmann an dieser Stelle bekannt gegeben ist. Aus einer statischen Aufnahme haben wir ferner ersehen, daß an den meisten Staatsbauten von den Unternehmern mit Vorliebe Ausländer (wegen der niedrigen Löhne) beschäftigt werden.“

Jehse. Der Tod des in der Scheune seines Dienstherrn, des Landmanns Kühmann in Helligensstedten, an einer Leiter erhängt aufgefundenen vierzehnjährigen Dienstjungenhardt beschäftigt jetzt das Gericht und die Staatsanwaltschaft. Die anfangs zur Vererdigung freigegebene Leiche wurde vom Gericht beschlagnahmt und einer Sektion unterworfen. Diese hat den Tod durch Strangulation ergeben. Der Junge hat noch kurz vor seinem Tode eine nicht zur Abwendung gekommene Postkarte an seine Mutter geschrieben, durch die er sie bittet, ihm zum Sonntag reine Wäsche zu schicken.

Sonderburg. Großfeuer. In der Nacht zum Sonnabend ist der Jörgen Rösche Hof in Rär-Westersfeld total niedergebrannt. Der ganze Schweinebestand ist verbrannt. Vermutlich ist das Feuer wieder durch Brandstiftung entstanden.

Schiffsnachrichten.
D. „Imatra“ ist am Sonnabend morgen von Wiborg auf hier abgegangen.
D. „Gothia“ ist am Sonnabend nachmittags von Gese auf hier abgegangen.
D. „Christian Ruß“ ist am Sonnabend von Raumo auf hier abgegangen.
D. „George“ ist am Sonnabend von Herönsand auf hier abgedampft.
D. „Emma Minlos“ ist am Sonnabend von Petersburg auf hier abgegangen.
D. „Luba“ ist am Sonntag vormittags von Königsberg auf hier abgedampft.

Letzte Nachrichten.

Charlottenburg, 5. September. Im Hause Wallstraße 14 spielte sich am Freitag in der neunten Abendstunde ein aufregender Vorgang ab. Dort versuchte der 21jährige Friseur Willi Wudke die etwa gleichaltrige Emma Marich zu erschlagen. Das Mädchen ist lebensgefährlich verletzt. Dem Täter gelang es, zu entkommen.

Königs-Hütte, 5. September. Der Arbeiter Sicelintki stieß dem Fleischergehilfen Kmiotchinsky, der sich weigerte, ihm ein Streichholz zum Anzünden seiner Zigarre zu geben, sein Messer in die linke Schläfe und versetzte darauf dem Gastwirtssohn Rabanda einen Stich in die Brust. Kmiotchinsky ist in der Nacht gestorben. Der Mörder wurde bei seiner Verhaftung durch Säbelhiebe schwer verletzt.

Lissa, 5. September. Auf der Chaussee zwischen Punig und Klein Lenka wurde der Wirtsohn Duska von dem Wirtsohn Lesnarek aus Eifersucht erschlagen. Der Mörder wurde verhaftet.

Bochum, 5. September. Sonnabend mittag gelang es den Rettungsmannschaften, die letzten drei auf der Beche „Julius Philipp“ seit Freitag mittag eingeschlossenen Personen Bergleute wohlbehalten zu retten.

Binz, 5. September. Bei der Überfahrt zu den vor dem Seebad Binz auf Rügen liegenden drei Linien Schiffen

enterte ein mit acht Personen besetztes Ruderboot. Zwei Damen aus Binz ertranken.

Tomst, 5. September. Sonnabend morgen fand ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterwagen bei dem Ausweichpunkt Unsherty statt. Ein Schaffner und ein Arbeiter wurden getötet, zwei Schaffner wurden schwer und neun Passagiere leicht verwundet. Zehn Wagen sind zertrümmert worden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,20-1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35 Mk., Hasen — Mk., Enten 3-3,50 Mk., Hühner 1,60-2,00 Mk., Rufen Stk. 1,20-1,40 Mk., Lauben Stk. 0,50-0,60 Mk., Gänse Pfd. — 78 Pf., Fliedgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00-1,10 Mk., Schweinestopf Pfd. 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,25-1,25 Mk., Eier 8 Stk. 60 Pfg., Serringe 2 10 Pfg., Dorfsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 3,20-3,40, Geräuch. Lachs Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,20-1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 80-100 Pfg., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, b. Kopf 0,20-0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Äpfel,

verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Bismarck, pr. 100 Pfd. — — Mk., Rirschen Pfd. 25-30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Bitter 50-60 Pfg., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — — Mk., Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 2. Septbr.
Weizen, 115-128 Pfd. holl. 175-195 Mk. Roggen 115-124 Pfd. holl. 150-170 Mk. Gerste, nach Qualität 160-170 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 150-165 Mk., alter 170-180 Mk. per 1000 Kilo.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgegend“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Ein neues Automatenrestaurant ist am Sonnabend in der Breitelstraße unter dem Namen „Hansa-Automat“ eröffnet worden. Sowohl räumlich, als auch bezüglich der eleganten Ausstattung dürfte dasselbe kaum von irgend einem Automat einer Großstadt übertroffen werden. 400 Sitzplätze sind vorhanden. Nicht weniger als 27 Zapfbühnen dienen dazu, die Besucher mit Getränken der verschiedensten Art zu versehen. Im das Automaten-Restaurant schließt sich ein gleichfalls hübsch eingerichtetes Cafe, das bis nachts um 2 Uhr geöffnet sein wird.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

A. B. Sch.

Vorstandssitzung Dienstag 7 1/2 Uhr präz.

H. T. V.

Vorstandssitzung Dienstag 9 Uhr.

Freitag nachmittag 3 1/2 Uhr entschlief nach langem schwerem Leiden mein einziggeliebter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Schmied **Fritz Kröger** im 22. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert von mir und meinen Kindern. **Ernst Kröger.**
H. Möller u. Frau, geb. Kröger.
E. Schultz u. Frau, geb. Kröger.
Die Beerdigung findet Dienstag mittag 12 1/2 Uhr von der Kapelle des Allgemeinen Friedhofs aus statt.

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäft. Personen.
(Zahlstelle Lübeck.)

Nachruf.

Am Freitag, den 4. September, verstarb das Mitglied

Fritz Kröger

an der Profetariatskrankheit im 21. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. September, mittags 12 1/2 Uhr, von der Kapelle des Allgemeinen Friedhofs (Burgtor) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sonntag mittag entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Johann Jahnke

im 53. Lebensjahre. Tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten.

Wilh. Jahnke, geb. Redelstori und Kinder.

Lübeck, Leichstr. 4.
Beerdigung am Donnerstag, den 10. Sept., 4 Uhr nachm., von der Kapelle Vorwerk. Trauerfeier 3 1/4 Uhr.

Verband d. Hafenarbeiter Deutschlands.
(Mitgliedschaft Lübeck.)

Nachruf.

Am 4. dieses Monats starb unser Mitglied

P. Ahrens.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der St. Lorenz-Leichenhalle aus statt.
Abmarsch der Kollegen 1 1/2 Uhr vom Vereinshaus.

Der Vorstand.

1 Wohnbude zu vermieten.
Näheres Stavenstraße 31.

Dreitubenwohnung mit Zubehör zu vermieten.
220 Mk. Näheres Sanjastraße 19.

Gesucht zum 1. Januar von ruhigen Leuten mit einem Kind eine Zweizimmerwohnung.
Ang. u. A 3 an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein kleines Mädchen von 8-10 Jahren in Kost und Pflege.
Off. u. S K an die Exp. d. Bl.

Gesucht zu sofort ein Knecht in Buchenlohn.
J. Meyer, Viehhändler, Rotz bei Stockelsdorf.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei **Paul Flemming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sichere Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird.

Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei **Engelsgrube 62.**

Bierbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

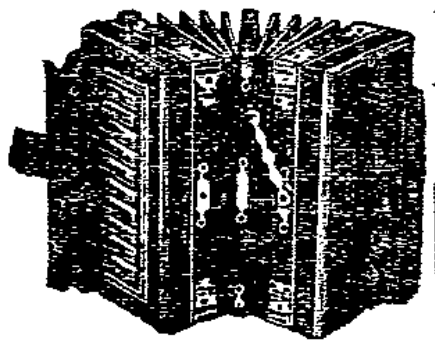
Die Neue Zeit

Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von Karl Kautsky.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporture zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 8.25 (ohne Postgebühren). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.



Harmonika-Klub „Harmonia“
gegründet 1907.

Einladung zum Stiftungsfest

am Dienstag, den 8. September

im Lokale des Herrn **W. Gloe**, „Louisenlust“.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 15 Pfg., wofür Garderobe. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 2 Uhr.

Die Musik wird auf den neu eingerichteten von der Firma **Meyer & Eggert**, hier, Königstraße 116, gelieferten Konzert-Harmonikas ausgeführt.

Diverse Möbel

billig zu verkaufen

Johannisstraße 41.

Ein Kinderklappstuhl zu kaufen gesucht.
Krähenstraße 7, II., rechts.

Kinderklappstuhl, Petroleummaschine zu verkaufen
Baulstraße 14.

Ein fast neuer Regulator billig zu verkaufen
Engelsgrube 43/17.

Guterhaltener Sportwagen preiswert zu verkaufen
Wafenismauer 1a, I.

Achtung Brandleute! Durch Zufall billig 1 Plüschgarnitur, 1 Sofa, 1 Spiegel, 1 Ausziehtisch. Bezugsgrube 20, pari.

Brief-, Holländer- u. Strassertauben zu verkaufen
Brolingsstraße 18, I.

Wollen Sie Sofas und Matratzen reell unter 10jähriger Garantie aufgepolstert haben? **C. Becker**, Langer Lohberg 26. Referenzen genügend vorhanden.

Dr. med. Schlomer zurück.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldschmied, arbeit., Fünfhäuf. 13

Heringskisten
Stück 10 Pfg.
Erbsenstraße 3.

Uhreder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Süßgrube
Gebe rote Rabattmarken.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. 1.35 Mk.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Wachtet auf
Ober-Büssau.

1. Stiftungs-Fest
verbunden mit
Reigenfahrten, Freischießen u. Wettwärgeln
am Sonntag, 13. Septbr.
im Lokale des Herrn König, Ober-Büssau.
Karten im Vorverkauf 80 Pfg., an der Kasse 1.— Mk.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Verammlung der Gastwirte

von Lübeck und Umgegend am Dienstag, 8. Septbr.

nachmittags 3 Uhr beim Kollegen **Eggers**, Stavenstraße.

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der Gastwirte und die drohenden Steuern im Gastwirts-gewerbe.

2. Freie Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Hansa-Automat

Breitestraße 51.

Heute abend:

KONZERT.

Verband d. Fabrik-, Hand-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle **Selmsdorf.**

Einladung zum Ball

verbunden mit

Fahnenweihe

am Sonntag, den 13. September,

im Lokale des Herrn **Witt**,

„Stadt Lübeck“, in Selmsdorf.

Anfang 4 Uhr nachmittags. Ende 4 Uhr.

Eintrittspreis für Herren 1.— Mk., eine Dame frei. Einzelne Damen 30 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein
Das Fest-Komitee.

Hansa-Theater

Telephon 334.

Gastspiel

Job-Classen.

Heute

und folgende Tage:

Anfang punkt 8 1/4 Uhr.

Der größte Schlager!

Der Mann

mit

dem

Fimmel.

Tränen werden gelacht!

Vorverkauf bei **Sager**, Kohlmarkt.

Stadthallentheater.

Dienstag: 95. Abonnem.-Vorstellung.

Henrik Ibsen:

Baumeister Solneß.

Schauspiel in 3 Akten.

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch: Letzte Operetten-Aufführung.

Logen 75 Pfg., alle übrigen Plätze 50 Pfg.

Hanni weint, Hannsi lacht.

Die Verlobung bei der Laterne.
Das Fest der Handwerker.

Sinnen versunken, zu dieser heiligen Stätte. Männer, Frauen mit ihren Kindern, das Greisenalter neben der Jugend, der blühende Verbrecher neben dem meditativen Geistlichen, so ziehen sie daher und suchen hier einen Abglanz der Unsterblichkeit, ehe sie in das Tal des Todes eingehen.

Szen Hediu sieht auf dem Wege zwei junge Lamas aus Khan; sie gehen nicht wie gewöhnliche Pilger, mit ihrem Leibe selbst scheinen sie die Sirecke zu messen, die sie von dem Ziele ihrer sehnsüchtigen Inbrunst trennt. Lang ausgestreckt liegen sie auf der Erde, über dem Kopfe fallen sie die Hände und beten, machen dann ein Zeichen in die Erde, stehen auf, schreiten bis zu diesem Zeichen, werfen sich nieder und beten wieder. Auf diese Weise währt die Umkreisung des Berges gegen 20 Tage, und diese beiden Lamas wollten zweimal die Reise zurücklegen. Der eine wollte nach Ableistung seiner Pilgerpflicht heimkehren; der zweite aber, ein junger Mensch von kaum 20 Jahren, wird den Rest seines Lebens in einer dunklen Grotte an den Ufern des oberen Tsangpo verbringen. Denn bei den Gläubigen gilt diese Selbstaufopferung, dieses Leben in Dunkelheit, Abgeschlossenheit und Einsamkeit als verdienstvoller Weg zur Seligkeit. Im feierlichen Zuge werden diese freiwilligen Dulder nach der Höhe geführt, bis auf eine kleine schmale Öffnung wird die Höhle dann verschlossen, und alltäglich kommt ein rot gekleideter Mönch, um durch den schmalen Spalt dem Einsiedler eine Schüssel mit Speisen zu reichen. Der Mann, der da drinnen hockt, wird nie mehr das Sonnenlicht sehen, er ist für die Menschheit gestorben.

Wir standen draußen, und ich fragte einen Lama-priester, ob er uns sprechen hören könne. Er antwortete: „O nein, er kann weder hören noch sehen; er ist Tag und Nacht in tiefste Betrachtung versunken.“ Nur daran, daß am nächsten Tage die in den Spalt geschobene Speise verschwunden ist, weiß man, daß er noch lebt. Am dem Tage aber, wo die Schüssel unberührt sein wird, wird man wissen: er ist gestorben. Diese Selbstaufopferung aber ist keineswegs eine Ausnahmerscheinung; sehr oft findet man Stätten, wo weltabgewandte Einsiedler in ewiger Nacht und ewigem Schweigen ihren heiligen Betrachtungen nachhängen und den Tod erwarten. In Linga z. B. hat ein Lama in dieser Weise 69 Jahre gelebt. Er mußte wie alle Lamas in ständiger Stellung sterben, und damit der Todeskampf ihm hierin nichts anhaben, nimmt er schon bei der Einmauerung ein kleines Holzgestell mit in die Höhle, das ihn in der Stunde des Todeskampfes stützen soll. . .“

Soziales und Parteileben.

Maurer-Verbandsstag. Am Freitag wurde nach fortgesetzter längerer Debatte über die Resolution Bömelburg abgestimmt. Die Abstimmung darüber war eine namentliche und die Annahme erfolgte mit allen gegen 12 Stimmen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach die Arbeitsnachweise, wo sie sich in den Händen der Unternehmer befinden, auf paritätische Grundlage gestellt werden sollen. Auf Antrag Bömelburg beschloß der Verbandstag, daß diejenigen Zweigvereine, die dem abgeschlossenen Tarifvertrag noch nicht zugestimmt haben, dem jetzt gleichfalls zugestimmt haben. Der Antrag einer Anzahl Zweigvereine, daß dem Vorstand wegen seines „eigenmächtigen Handelns“ die Mißbilligung ausgesprochen werde, wurde in namentlicher Abstimmung gegen 14 Stimmen abgelehnt, 4 Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Darauf wurde dem Vorstand und der Redaktion des „Grundsteins“ einstimmig Entlastung erteilt. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Es folgte unumkehr die Verhandlung über die Festlegung des Verbandsortes und die Regelung der Bureaufrage für die Zentrale des Verbandes. Es lagen dazu zwei Anträge vor, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen. Der Antrag wurde nach langer Debatte, welche die ganze Nachmittagssitzung ausfüllte und in der Kleinfeld-Lübeck entscheidend gegen die Verlegung plädierte, mit 161 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Sodann wurden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Die Krise. Nach den jüngsten Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Köln hat dort die Arbeits-

losigkeit einen weit erschreckenderen Umfang, als es sich aus dem von uns bereits mitgeteilten vorläufigen Ergebnis der am 2. August vorgenommenen amtlichen Arbeitslosenabzählung erkennen läßt, angenommen. Das Statistische Amt stellt fest, daß die Zahl der am 1. August d. J. im Gemeindebezirk Köln Beschäftigten um 5250 niedriger ist als im selben Tage des Vorjahres. Das Verhältnis der arbeitsfähigen Mitglieder der Krankenkassen zur Bevölkerungszahl blieb mit nur 235 pro 1000 weit hinter der Zahl des Vorjahres: 233, zurück. — Der Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Aachen sagt: „In den Nachweisungen über die allgemeine Arbeitsnachweisankast, sowie über die Mitgliederbewegung bei den Krankenkassen spiegeln sich die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich wieder. Bei der Arbeitsnachweisankast war die Zahl der Arbeitsuchenden nicht unwesentlich größer, die der offenen und besetzten Stellen dagegen geringer als sonst.“

Fürst Bülow und die Heimarbeit. Die Herausgeberin der Zeitschrift „Heimarbeit“ hat die letzte Nummer ihres Organs dem Fürsten Bülow überandt und dafür einen Brief erhalten, aus dem reaktionäre Blätter diese Sätze abdrucken:

„Im übrigen seien Sie versichert, daß ich nach wie vor den Bedürfnissen der Heimarbeit meine warme Anteilnahme und volle Aufmerksamkeit zuwenden und fortgesetzt bereit bin, zur Abstellung der Schäden, die sich in Deutschland infolge der Heimarbeit zeigen, alle angängigen Maßnahmen den gesetzgebenden Faktoren des Reiches vorzuschlagen. Es wird jedoch geboten sein, auf diesem Gebiete der Sozialpolitik vorsichtig vorzugehen, schon um nicht die Heimarbeit selbst, auch da, wo sie volkswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint, zum Schaden der in ihr Beschäftigten lahm zu legen.“

Diesen Brief hätte ebensogut einer der Großkapitalisten schreiben können, der seinen Gewinn aus der Heimarbeit zieht. Mit denselben Argumenten hat sich die Handelskammer in Plauen nämlich gegen den Heimarbeiterschutz gewendet.

Drohende Aussperrung in der finnländischen Metallindustrie. Wie die offizielle „Finl. Gaz.“ berichtet, beschloß eine Versammlung von Vertretern der finnländischen Metallindustriellen in Helsingfors, im Falle der Metallarbeiterverband in Lammerfors und der Verband der Eisengießer in Jakobstad nicht binnen 2 Wochen den Streik einstellen und die Bedingungen der Arbeitgeber annehmen würden, alle Arbeiter in der gesamten finnländischen Metallindustrie auszusperrn. In bezug auf die Helsingforser Metallwerke, in denen laut dem bestehenden Verträge eine pflöbliche Aussperrung unmöglich ist, beschloß die Versammlung, die Helsingforser Metallindustriellen aufzufordern, den Vertrag unverzüglich zu kündigen und nach Ablauf desselben sich der Aussperrung anzuschließen.

Ein schwerer Rückfall, den sich der Landrat des Kreises Breslau, der Breslauer Regierungspräsident sowie der Erste Staatsanwalt und der Oberstaatsanwalt von Breslau zu gleichen Teilen mit einstecken können, ist dem vielgenannten Amtsvorsteher von Oswig, Dr. Guradze, jetzt vom preußischen Minister des Innern erteilt worden. Dieser Dr. Guradze ist ein schlimmer Sozialistenfeind, und er übt sein Amt denjenigen Gastwirten gegenüber, die ihre Säle den Arbeitern zu Versammlungen hergeben, in einer Weise aus, daß Parteisekretär Scholich in Breslau sich genötigt gesehen hat, den Amtsvorsteher wegen Amtsverbrechens zur Anzeige zu bringen.

Der Gastwirt Knabe hatte für den Monat September v. J. Zangerlaubnis erhalten. Kurze Zeit später gab er sein Lokal den Arbeitern zu einer Versammlung, worauf Dr. Guradze ihm die Zangerlaubnis unter der Begründung entzog, daß es durch den stärker werdenden Besuch des Lokals seitens der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu Unruhen und Unverträglichkeiten zwischen diesen und dem bisherigen bürgerlichen Publikum des Lokals kommen werde, und daß deshalb Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten seien. Knabe hat trotz dieses Verbotes an den bereits genehmigten Tagen in seinem Lokale tanzen lassen. Zu den befürchteten „Störungen“ ist es dabei nicht gekommen, doch ist der Wirt wegen Zuwiderhandeln gegen das amtsvorsteherliche Verbot gerichtlich bestraft worden. Um seinem sicheren Ruin zu entgehen, hat der Inhaber das Lokal den Arbeitern dann wieder entzogen.

Noch drastischer trat die Selbstherrlichkeit des Amtsvorstehers in einem andern Falle zutage. Der Gastwirt Gottwald wollte die Frequenz seines Lokals dadurch heben und sich vor dem Ruin bewahren, daß er den Arbeitern seinen Saal zur Verfügung stellte. Er fürchtete aber den Zorn des Amtsvorstehers und fragte deshalb bei diesem an, ob er das

Lokal geben dürfe. Daraufhin empfing er vom Amtsvorsteher folgenden Brief:

„Auf Ihre Zuschrift erwidere ich Ihnen, daß ich die Freigabe Ihres Lokals zu sozialdemokratischen Versammlungen weder zu gestatten noch zu verbieten habe, sondern daß dies lediglich von Ihnen abhängt, ob Sie mit der Sozialdemokratischen Partei als solcher Verträge abschließen wollen oder nicht. Ich habe in dem Falle, daß Sie dieses tun sollten, die Pflicht, Ihr Lokal als ein solches zu betrachten, in welchem nur Arbeiterpublikum verkehrt und welches infolgedessen, damit nicht der Wöllerei unter dem Arbeiterstande Vorstoß geleistet wird, jeden Abend pünktlich um 10 Uhr zu schließen ist und in welchen öffentlich Tanzveranstaltungen in der ersten Zeit aus Sicherheitsgründen gänzlich und später nur in dem beschränkten Umfange zugelassen werden, wie sie den berechtigten Bedürfnissen der hiesigen Arbeiterschaft entsprechen.“

Landrat und Regierungspräsident haben als Beschwerdeinstanzen ihre schützenden Fittiche über den Amtsvorsteher gebreitet und an seinem Verhalten auch nicht das geringste auszufehen gewußt. Ebenso auch der Breslauer Erste Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt. Die erwähnte Strafanzeige wegen Mißbrauch der Dienstgewalt stützte sich auf die Erklärung des Reichsstaatssekretärs des Innern in einer Sitzung der Kommission für das Reichsvereinsgesetz, wonach ein Beamter, der lediglich aus der Tatsache, daß der Inhaber einer Konzeption seine Räume zu Versammlungen einer bestimmten politischen Richtung hergibt, einen Grund entnehme, diesen die Ausdehnung der Polizeistunde, die Erlaubnis zur Abhaltung von Tanzveranstaltungen und dergleichen vorzuenthalten, sich auch unter dem bisherigen Gesetz nach § 389 strafbar mache. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt waren aber der Meinung, dem Amtsvorsteher habe mindestens das Bewußtsein gefehlt, daß er seine Amtsbefugnisse überschreite, insbesondere als auch der Landrat und der Regierungspräsident sein Verhalten gebilligt hätten.

Diese beiden hauptsächlichsten Fälle sind neben einer Anzahl anderer Östlicher Vorkommnisse zuletzt dem Minister des Innern unterbreitet worden und von diesem hat Parteisekretär Scholich jetzt folgende Antwort erhalten:

„Auf Ihre Beschwerde vom 16. Juni d. J. teile ich Ihnen mit, daß das Vorgehen des Amtsvorstehers in Oswig gegenüber den Gastwirten Knabe und Gottwald daselbst von mir genehmigt und der Amtsvorsteher mit entsprechender Weisung versehen, auch veranlaßt worden ist, die noch nicht rechtskräftige Verfügung an den Gastwirt Knabe vom 17. September v. J. zurückzuziehen.“

Ob sich nun wohl dieser Dr. Guradze bescheiden und seine ungelegenen Treibereien gegen die Sozialdemokratie lassen wird? Oder preißt er auf die ministeriellen Wünsche und denkt wie vor ihm schon Leute ähnlichen Schlages: „In Oberschlesien machen wir das so!“ Die nächste Zeit wird es lehren.

Der Bernburger Parteiverein hat beschlossen, den Parteigenossen für jedes neuemommene Parteivereinsmitglied und jeden neuen Volksblattabonnenten eine Prämie von 25 Pfg. zu zahlen. Die reine Versicherungsgesellschaft.

Wenn du aber gar nichts hast . . . Wie wir im Anhaltischen „Volkblatt“ lesen, wählen im Herzogtum Anhalt bei der Landtagswahl 42 Rittergutsbesitzer 8 Landtagsabgeordnete und 67 Höchstbesteuerte im Handel und Gewerbe 2 Abgeordnete. Also reichlich 100 Angehörige der bestehenden Klassen wählen beinahe ein Drittel des Anhaltischen Landtages. Um in der Klasse der Großagrarier mitzuwählen zu können, muß man Besitzer (Pächter sind ausgeschlossen) von mindestens 420 Morgen Acker 1. Klasse sein. Die Zugehörigkeit zur Klasse der meistbesteuerten Großindustriellen (die Bezeichnung „Handel- und Gewerbetreibende“ paßt hierzu gar nicht) hat ein Einkommen von 18 000 Mk. zur Voraussetzung, welches aber aus eigenem Betriebe stammen muß. Fabrikdirektoren usw., auch wenn ihr Einkommen 18 000 Mk. übersteigt, könnten also in dieser Klasse nicht wählen. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß die Liberalen in Anhalt sich zu den in wenigen Wochen stattfindenden Landtagswahlen mit den Agrariern und Konservativen verbündet haben, was in der Praxis nichts anderes bedeutet, als für den Fortbestand des jetzigen Wahlrechts eintreten. Eine laudere Gesellschaft die Liberalen.

Die Friedensdeputation der englischen Gewerkschaftsführer. Die englischen Gewerkschaftsführer treffen Anstalten, den deutschen Gewerkschaften eine Friedensbotschaft zu überbringen. An der Deputation beteiligen sich sowohl Mitglieder der Arbeiterpartei (Wp.) wie Mitglieder der liberalen Partei (L.), dagegen sind bekannte Sozialisten unter ihnen nicht zu finden. Das Parlamentarische Komitee des Trade-

„Ja, da haben Sie recht,“ lächelte Lischte, der an Herrn von Pich dachte, „an Aufschneidern“ fehlt's uns hierzulande nicht, die machen gerade so dick und hoch wie die Gumbäume. — Aber da kommt Ihre Wälsch: ach bitte, Frau Hobbburg, setzen Sie doch auch ein wenig Butter und Brot mit auf den Tisch, die kalte Milch allein ist am Ende nicht einmal 'wa' nützlich.“

„Es tut mir leid, daß ich Ihnen so viel Mühe mache.“

„Papperlapapp,“ rief aber Lischte, „man wird doch einem Gast wohl noch Milch und Brot vorsetzen dürfen! Das ist wahrhaftig das wenigste, was man für ihn tun kann. So, Frau Hobbburg, seien Sie nur so gut und stellen es dort auf den Tisch; Sie langen nachher schon selber zu. Mögen Sie sich nicht; da steht's, und nun lassen Sie sich's schmecken und wohl bekommen!“

Wieder hatte der Fremde bei Nennung des Namens die ihm jetzt zugekehrten Züge der Frau sorgfältig betrachtet, aber diese wandte sich von ihm ab, ging zu ihrer Arbeit zurück und begann aufs neue emsig zu nähen.

„Wie ist denn wohl Ihr Name?“ sagte Lischte endlich, der mit hülfem Behagen dem von dem Gaste entwickelten Appetit eine Weile zugehört. — „Ich heiße Lischte und bin Klempnermeister und Bauer.“

„Mein Name ist Schreiber,“ erwiderte Mac Donald. „Gibt hielt ich Sie für einen Squatter aus dem Lande,“ meinte der Deutsche, „weil Sie mir gar so Englisch aussahen, das sind Sie aber wohl nicht?“

„Nein, allerdings hatte ich früher die Absicht, mich irgendwo anzusetzeln, und wenn ich einen passenden Fleck finde, tu ich's vielleicht noch.“

„Das beste, was ein Mensch tun kann in der Welt,“ sagte Lischte, „das Land ist hier herum eben nicht das allerbestmögliche, aber es trägt doch recht gute Ernten, und ein fleißiger Mann findet dabei sein sicheres Brot. Würden Sie pachten?“

„Sie selber haben hier gepachtetes Land, nicht wahr?“

„Früher ja, jetzt aber, Gott sei Dank, mein eigen. Das Pachten laß ich gelten, so lange man eben nicht anders kann und sicheres Fortwähren mit einem gleich von vornherein bestimmten Landpreise bekommt. Sonst soll aber der Hecker drin sitzen. Die großen englischen Landeigentümer nehmen aus Deutsche allerdings mit Kupfhand; wir sind ihnen gerade recht, wenn wir düngen und bearbeiten den Boden, wie sich

gehört, und wenn wir ihn eine Weile unter den Händen gehabt haben, ist er das Vierfache wert von vorher. Das wissen die Herren auch recht gut, und viele, wie zum Beispiel der reiche Angus, wollen nur Deutsche auf ihren Grundstücken haben.“

„Und vertragen sie sich gut mit solchen englischen Landeigentümern?“

„Warum nicht? — sie haben ihren Nutzen dabei und wir auch, und wo das der Fall ist, verträgt man sich immer gut. Manche schimpfen freilich auch auf sie und hätten auch alle Ursache, wenn sie nur nicht selber daran schuld wären. Da hat jetzt der reiche Subler zum Beispiel ein paar ausgesperrte Läden, die in Deutschland bei ihrem Schiffskontrakt mit für die ganze Schiffsgesellschaft untereinander gutgepaßt hatten. Die Auswanderungs-Agenten drücken machen den armen Teufeln nämlich bei einer Menge Kontrakt, besonders wo sie sich verpflichten, hier ihre Passage durch Arbeit abzuverdienen, allerlei Geschichten weis und lassen sie nachher unterschreiben, daß sie alle für einander gutlagen wollen. Gefällt ihnen das nicht, so heißt's gewöhnlich: „Aber das kommt Euch ja auch zugute; denn wenn Ihr nicht bezahlen könntet, müßten die anderen für Euch einstehen,“ und da setzen die dummen Teufel dann auch getrost ihre Namen drunter, nur um fortzukommen. Wird aber nachher hier von ihnen gefordert, was sie selber unterschrieben haben, so reigen sie die Wäuler auf und schreien über Unrecht. Recht ist ihnen geschwehen, was dumm ist, muß geprügelt werden. Unterschreibt nichts, von dem ihr nicht wißt, was daraus werden kann. Die ehrlichen Menschen kommen dabei überhaupt immer am schlimmsten weg, denn die bezahlen ohne-dies, und die Lumpen drücken sich um ihre Kontrakte herum und denken: die anderen werden's schon abmachen. Dazu kommt dann noch, daß wir hier in Australien auch Menschen haben, die den Auswanderungs-Agenten für ein paar Schillinge in die Hände arbeiten, verrückte Briefe hinüberschreiben, was Australien für ein Paradies ist, und wie die Deutschen hier von den Engländern auf den Händen getragen werden, und so weiter. Die dummen Bauerntölpel daheim denken nachher, was sie schwarz auf weiß sehen, muß ja wahr sein, machen sich eine wundergroße Idee von dem Lande, und wenn's ihnen gut geht, verlangen sie's besser, grad aus reinem Übermut.“

Lischte hatte sich warm dabei gesprochen, und der Fremde ihn ruhig reden lassen, um seine Mahlzeit zu beenden. Es war augenscheinlich, daß er sich sehr wenig für diese deutschen

Verhältnisse interessierte; desto mehr Raum konnte er seinen eigenen Gedanken dabei geben. Diese trugen ihn zu anderen Szenen, und die Frage, mit der er seinen redseligen Wirt unterbrach, bewies, wie wenig er auf die vorige Rede geachtet.

„Sie wissen wohl nicht, ob jetzt viel Schiffe im Hafen von Adelaide liegen und vielleicht zur Abfahrt angezeigt sind?“

„Schiffe?“ sagte Lischte, dem diese Querfrage zu rasch kam, um sie gleich beantworten zu können. — „Oh, das weiß ich wirklich nicht. Davon erfahren wir hier nur wenig. Wenn nicht manchmal ein deutsches Schiff eintrifft, das frische Ginnwanderer und Briefe aus der Heimat bringt, bekümmern wir uns gar nicht darum.“

„Aber Sie verschiffen doch ihre Produkte!“

„Das tun die Kaufleute, wenn ja etwas verschickt wird. Wir Deutschen verkaufen fast alles an Zwischenhändler, das ist bequemer. Die holen nachher, was wir haben, hier an Ort und Stelle ab, und wir brauchen uns nicht weiter drum zu kümmern.“

„Kann man das wohl hier in der Nachbarschaft erfahren?“

„Wegen Schiffen? O ja, der Doktor Spiegel hält die englische Zeitung; da stehen alle Schiffe drin, die kommen und gehen, und wann sie abfahren und was sie geladen haben.“

„Und wo wohnt der?“

„Keine Weife Tabak von hier. Wenn Sie aber nach Adelaide hineingehen, erfahren Sie's ja um so viel besser. Da liegen die Zeitungen in allen Schenkhäusern aus.“

„Und halten Sie sich hier gar keine Zeitungen, nicht einmal eine deutsche?“ fragte der Fremde. „Soviel ich weiß, erscheinen doch eine oder zwei deutsche Zeitungen in Adelaide.“

„Ja, sie drucken da wohl so was,“ meinte Lischte, indem er ein Bein über das andere hob und sich behaglich im Stuhl zurücklegte, „aber was liest man dran, Geschichtes steht doch nichts drin, und Politik und derartige Geschichtes, darum bekümmere ich mich schon lange nicht.“

„Nun, man braucht sich gerade nicht viel darum zu kümmern,“ meinte Mac Donald, „muß doch aber auch ein klein wenig davon verstehen, wenn's auch nur wäre zu wissen, wenn man zur Gesetzgebung mitwählen soll.“

(Fortsetzung folgt.)

Unionskongressen vertreten: Schackleton (Ap.), Gill (Ap.), Steadman (L.); die Londoner Buchdrucker vertritt Bowerman (Ap.); die Bergleute von Durham: John Wilson (L.); die Erdbauer: John Ward (L.); die Matrosen und Heizer: Havelock Wilson (L.); die Schuhmacher: G. Freal (L.); die Zigarrenarbeiter: D. Cooper (Ap.); die Landarbeiter: Nichols (L.); die Lithographen: Kelley (Ap.); den Allgemeinen Verband der Gewerkschaften: Appleton; die Genossenschaften: Allen; die Internationale Schiedsgerichtsstelle: Madison. Letzterer dürfte auch die treibende Kraft der ganzen Deputation sein; er übernahm das Sekretariat der Liga nach dem Tode Cremer's. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Delegierte von gleicher Bedeutung sind. Schackleton (lies: Schellin), John Wilson (lies: Wilson) sind in ihren Gewerkschaften von großem Einfluß und werden im Parlament stets mit Achtung angehört. Bowerman (lies: Bawernmann) ist auch Parlamentsmitglied, aber er spricht äußerst selten. Steadman (lies: Steedman) ist Sekretär des Parlamentarischen Komitees des Trade-Unionkongresses und Mitglied der Fabian Society. Appleton (lies: Eppelton) ist Sekretär des Allgemeinen Verbandes der Gewerkschaften.

Versammlung der Bürgerschaft.

K. Lübeck, 7. September 1908.

Der Wortführer Dr. Görz eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Es erfolgt zunächst die Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages auf Abänderung des Gesetzes vom 11. Mai 1896, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern.

In die Kommission werden gewählt: Bade-Schlutup, Glasau, Klatt, Hobe, Meinde, Dr. jur. Meyer, Steffen-Schlutup; als Stellvertreter: Dahms, Möller, Schorer.

Der Wortführer gibt bekannt, daß für die Mitglieder der Bürgerschaft seitens der Theaterbaukommission zur Festvorstellung anlässlich der Eröffnung des neuen Theaters bis zu drei Plätze reserviert werden sollen. Nach der Vorstellung soll ein Festessen stattfinden.

Lippert regt an, daß die Bürgerschaft sich korporativ an der Theatereröffnung beteiligen solle. Auch wünscht er eine Besichtigung vor der Eröffnung des Theaters.

Der Wortführer gibt bekannt, daß eine vorherige Besichtigung nicht möglich ist, da die Arbeiten noch nicht erledigt seien.

Eingegangen ist ein Antrag Peter Pape: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, 5000 Mark für die Abgebrannten in Donauerschlingen zu bewilligen.

Es folgen die Mitteilungen des Senats.

Die Versammlung tritt ein in die Beratung der Anträge des Senats:

1. Antrag: Verstärkung des Abschnittes XIV der Ausgabenseite des diesjährigen Staatsbudgets um 50000 Mk.

Wird ohne Debatte angenommen.

Beim nächsten 2. Antrag: Einseitige Verwaltung des Theaters durch die Theaterbaukommission frägt

Thiele an, ob die Theaterbaukommission dem Direktor in die Leitung hineinzureden habe.

Vom Senatstische wird darüber Aufschluß gegeben.

Ritter fragt an, ob die Abrechnungen über den Theaterneubau noch nicht vorliegen.

Senator Dr. Eschenburg. Der Abschluß liegt noch nicht vor. Doch steht schon jetzt fest, daß die Überschreitungen mindestens 170 000 Mk. betragen. (Bewegung.)

Wissell rügt die äußere Ausstattung des Theaters. Die Reliefs an der Fassade in der Beckergasse seien unästhetisch, teilweise sogar scheußlich. Er begreife nicht, wie man einen Ruh wählen konnte, in dem haselnußgroße Löcher sich befinden. Einige Figuren sind geradezu falsch.

Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: Änderung des Entwurfs zu einem Hauptortgebäude der Zentralstrafanstalt.

Baethcke fragt an, wo die Militärwache untergebracht werden solle.

Senator Evers: Die Wache soll in einem Nebengebäude untergebracht werden. Mit der Aufhebung der Wache habe dies nichts zu tun.

Der Antrag wird angenommen; dasselbe geschieht mit dem folgenden Antrag: 4. Nachbewilligung von 8569,03 Mk. auf die Ausgaben des Werk- und Zuchthauses zu St. Annen im Rechnungsjahre 1907.

Die Versammlung geht sodann in die Besprechung des Senatsdekrets betr. Legitimationsgebühr von Pfg. für eine Radfahrkarte vom 8. Juli 1908.

Hierzu liegt ein Antrag Meyer vor, den Antrag an eine Kommission zu verweisen.

Randrichter Meyer: Die Frage ist von untergeordneter Bedeutung. Jeder, auch der sog. kleine Mann, wird die 25 Pfg. zahlen können. Es lohnt sich nicht, wegen dieser 25 Pfg. lange Berichte zu schreiben und zu opponieren. Der Senat verlangt, auf politischem Gebiete vollständige Bewegungsfreiheit. Die Verwaltung will die alleinige Entscheidung darüber, was fiskalisch ist und nicht. Redner erhebt, seinem Antrage auf Kommissionsberatung zuzustimmen, nachdem er vorher das Senatsdekret von der juristischen Seite eingehend kritisiert hat.

Senator Dr. Fehling: Die vom Vorredner aufgestellten Thesen bedürfen einer eingehenden Prüfung. Für den Senat kam es nicht lediglich auf die 25 Pfg. an, sondern um die Klärung der staatsrechtlichen Seite, der Frage, wie weit der Senat gehen darf.

Der Antrag Meyer wird einstimmig angenommen.

Das zweite zur Besprechung stehende Senatsdekret, datiert vom 15. Juli 1908, betrifft die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten.

Lippert: Die Frage ist sowohl in formeller als auch in materieller Hinsicht von Bedeutung. Redner beantragt, auch diese Besprechung des Dekrets einer Kommission zu überweisen.

Senator Dr. Vermehren: Eine Meinungsverschiedenheit des Senats mit der Bürgerschaft über die authentische Interpretation des Senats besteht nicht, sondern nur einzelne Mitglieder der Bürgerschaft, die früher zu der Sache gesprochen haben, sind anderer Meinung als der Senat. Lediglich der Zweck, daß man den Beamten das Gehalt, das sie in ihrer alten Stelle erhielten, zusichere, sei der Grund der Änderung des Beamtenbesoldungsgesetzes gewesen. Gegen eine kommissarische Beratung hat Redner nichts einzuwenden.

Recht: Trotz eingehender Würdigung der Ansichten des Senats könne er nicht einen anderen Standpunkt einnehmen. Er bittet ebenfalls um Kommissionsberatung.

Der Antrag Lippert wird angenommen.

Es folgt hierauf die wiederholte Beratung des Antrages Dr. Thiele und Genossen, betr. Einführung eines zweiten Lesung.

Dieser Antrag hat schon vor einiger Zeit die Bürgerschaft beschäftigt und wurde von dieser dem Bürgerausschuß überwiesen, der ihn an den Senat brachte. Der Senat hat die Einführung zweiter Lesungen bekanntlich abgelehnt, und hat sich die Bürgerschaft, der Geschäftsordnung entsprechend, mit dieser Frage nochmals zu beschäftigen.

Dr. Görz begründet ausführlich den Antrag als dessen Mitunterzeichner. Ein jedes der hier anwesenden Bürgerschaftsmitglieder hat oft den Mangel einer zweiten Lesung gefühlt. Bei wichtigen Anlässen ist die Bürgerschaft mit größter Eile zu einem Beschlusse gekommen, der eine reichliche Prüfung erfordert hätte. Es vergeht keine Sitzung der Bürgerschaft, in der sich nicht der Mangel zweiter Lesungen bemerkbar gemacht hätte. Seit Jahren hat die Bürgerschaft den Wunsch gehabt, diese Änderung herbeizuführen. Redner kann nicht begreifen, wie der Senat in seinem Dekret die Ansicht vertretet, daß das Ersuchen der Bürgerschaft jeder Grundlage entbehre. Auch der Bürgerausschuß hat in dieser Sache nicht richtig gehandelt. So wie der Bürgerausschuß jetzt arbeitet, kann es auf die Dauer nicht weiter gehen. Redner bespricht die Tätigkeit des Bürgerausschusses und wendet sich gegen den Senat. Wollte die Bürgerschaft die Konsequenzen aus der Haltung des Senats ziehen, die Mittel dazu hätte sie in Händen, sie wird es aber nicht. Der Redner stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat der Bürgerschaft nicht nahe treten wollen. Man kann über diese Frage sehr verschiedener Meinung sein. Der Senat ist der Meinung: Für den Senat sind durch das Fehlen einer zweiten Lesung Nachteile nicht entstanden. Der Senat hält zweite Lesungen nicht für erforderlich, weil alle Anträge durch den Bürgerausschuß gehen. Die Verhandlungen würden bei Annahme des Antrages auf ein niedrigeres Niveau herabgedrückt werden. Der Redner warnt sodann vor einer Reform des Bürgerausschusses. Mancher Redner hat gerade dort seine Rede gehalten, die er in öffentlicher Bürgerschaftssitzung nicht gehalten hätte. Wenn die zweiten Lesungen eingeführt werden sollten, so wird es unmöglich sein, daß in jeder Sitzung Senatskommissare zugegen sein können. Im übrigen Deutschen Reich seien nirgends zweite Lesungen. Nur einige größere Städteparlamente haben für bestimmte Fälle (Etat usw.) logenannte zweite Lesungen. Von einer oberflächlichen Behandlung wichtiger Fragen kann im Lübecker Parlament nicht die Rede sein. Gegen Kommissionsberatung hat Redner nichts einzuwenden.

Th. Schwarz: Mit dem Antrage könne er und seine Freunde nur einverstanden sein. Auch für das Budget müßten die zweiten Lesungen herangezogen werden. Er ist der Meinung, daß das Budget der Bürgerschaft viel zu spät zugehe. Unter Budget schließt von Jahr zu Jahr bedeutend an. Woran frant denn unsere Verfassung? Da heißt es in § 68: Alle Anträge des Senats müssen in derselben Sitzung gefaßt werden. Es braucht nicht festgelegt zu werden, daß unter allen Umständen eine zweite Lesung stattfinden habe. Es heißt ja schon im Antrage, daß Ausnahmen zulässig seien. Die Fertigstellung des Budgets unterzieht Redner einer längeren Kritik und ist der Meinung, daß der Senat unter allen Umständen das Budget früher fertigstellen müsse. In Hamburg zum Beispiel werden für die verschiedenen Ressorts Kommissionen bestellt. Auch den Bürgerausschuß und seine Arbeiten unterzieht Redner einer Kritik. Diese Institution ist tatsächlich reformbedürftig, schon deswegen, da der Bürgerausschuß sehr mit Arbeiten überlastet sei. Schon bei der großen Verfassungskommission im Jahre 1872 hat der Senat zugegeben, daß der Zustand auf die Dauer nicht haltbar sei. Für die Bürgerschaft hat der Bürgerausschuß keine wesentliche Bedeutung. Der Senat muß sich abgewöhnen, über so wichtige Sachen, wie die zweiten Lesungen, mit der Redensart zu kommen, daß er bei den Vorberatungen nicht dabei gewesen sei. Es ist eine Frage der Zeit, daß mit den alten Einrichtungen gebrochen wird. Er bittet um Kommissionsberatung.

Senator Fehling: Seitens des Senats wird alles getan, daß das Budget so schnell als möglich herauskommt.

Thiele unterzieht die hohen Kosten, die einzelne Kommissionen des Bürgerausschusses verursachen, einer Kritik. So hat eine der letzten Kommissionen 700 Mk. Kosten verursacht. Redner bittet ebenfalls um Kommissionsberatung.

Dr. Thiele: Der Senat hat gesagt, daß der Antrag keine ausreichende Begründung habe. Eine solche ist aber da unnütz, wo die Sache ganz klar sei. In den Kreisen der Bürgerschaft sei eine herbe Mißbilligung eingetreten über die Behandlung mancher Senatsanträge. In dem Senatsdekret sei nur ein einziger sachlicher Grund enthalten, das sei der, daß der Bürgerausschuß behandelte. Wenn wir den Bürgerausschuß nicht hätten, so müßte diese Institution jetzt geschaffen werden. In den letzten Jahren haben sich aber auch die Mängel gezeigt in der Belastung der Bürgerausschußmitglieder. Er bittet ebenfalls um kommissarische Beratung.

Aug. Pape: Der Bürgerausschuß, der die Vormundschaft so famos bis jetzt gehandhabt hat, soll hier nicht angetastet werden. Zur Wahl der Sozialdemokraten in den Bürgerausschuß kann die Bürgerschaft sich nicht aufschwingen, da dort sehr viele Sachen verhandelt werden, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu vertagen scheinen. (Wegen dieser Äußerung ersucht der Wortführer den Redner um Mäßigung seiner Worte.) Redner fordert entschieden die Abschaffung des Bürgerausschusses.

Glasau: Schon um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, sei er für zweite Lesungen.

Der Antrag wird an eine fünfgliedrige Kommission verwiesen.

(Schluß folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

Einem Schwachmünnigen ins Zuchthaus geschickt hat das Kriegsgericht der 7. Division zu Magdeburg. Vor diesem Gericht stand als Angeklagter der Musikfetter Richard Niebock von der 8. Komp. 26. Inf.-Reg. wegen wiederholter Fahnenflucht, Körperverletzung, Bedrohung und intellektueller Urkundenfälschung. Der Angeklagte hat sich schon frühzeitig einem unflätigen Wandel ergeben und ist bei der Gelegenheit häufig mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten. Als er 1895 zum Militär eingezogen werden sollte, wußte er sich dem zu entziehen. Einige Jahre später wurde er festgenommen, dem 26. Inf.-Reg. zugewiesen und dann wegen Fahnenflucht zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1902 wurde er zum zweiten Male fahnenflüchtig, was ihm neben weiterer Vergehen drei Jahre und zwei Monate Gefängnis einbrachte. Aber auch jetzt litt es den Angeklagten, der sich während der Verbüßung seiner Strafen immer gut geführt hatte, noch nicht beim Militär. Etwa einen Monat nach seiner Wiederentstellung im Jahre 1905 jagte er dem Militärleben wiederum Balet und arbeitete nun in Magdeburg als Gelegenheitsarbeiter an der Elbe oder in seinem Berufe als Graveur. Er knüpfte dann auch ein Verhältnis mit einem Mädchen an, das er zwingen wollte, sich der Prostitution zu ergeben. Das Mädchen wei-

gete sich und wurde darauf von dem Angeklagten schwer mißhandelt, sodaß es sich in die Elbe stürzte. Es wurde aber von einem Polizeisekretär gerettet, der dann die Verhaftung Niebocks veranlaßte, wobei dieser sich einen falschen Namen beilegte. Wegen dieser verschiedenen Straftaten wurde schon 1906 gegen ihn verhandelt, das Gericht verurteilte aber die Sache, um den Angeklagten auf seinen Besteszustand hin untersuchen zu lassen. Zwei volle Jahre blieb er in der Irrenanstalt, bis jetzt endlich wieder gegen ihn verhandelt wurde. Der Arzt, der den Angeklagten beobachtete, erklärte, daß er ein geistig minderwertiger Mensch von Geburt an sei, dem obendrein auch noch die nötige Erziehung gefehlt habe. Hätte die Militärbehörde sein Vorgehen und seine Vorstrafen genau gekannt, so hätte sie ihn wohl nicht eingestellt. Denn es sei schon öfter vorgekommen, daß derartige Naturen durch die militärische Erziehung auf die schiefe Ebene geraten seien. Das müsse bei der Aburteilung berücksichtigt werden, wenn auch die Beobachtung des Angeklagten gezeigt habe, daß er noch so viel Selbstbesitz besitze, daß er zu beurteilen wisse, was um ihn her vorgehe. Der Vertreter der Anklage hielt den Angeklagten für einen Simulanten (!) und beantragte gegen ihn — fünf Jahre und zwei Monate Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere. Das Gericht erkannte diesem Strafantrag gemäß (!) mit der Begründung, der Angeklagte sei bei seinen Straftaten zurechnungsfähig gewesen.

Die polizeiliche Sittierung eines Anarchisten fand ein Nachspiel vor dem Berliner Gericht. Im Februar ds. Js. fand in Frankfurt am Main eine Arbeitslosenversammlung statt, in welcher zwei Anarchisten namens Busch und Müller als Redner auftraten. Die Versammlung wurde von dem Kriminalkommissar Wieland in dem Augenblicke aufgelöst, als Busch in seiner Rede sich angeblich einer Aufforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten im Sinne des § 110 St.-G.-B. und einer Aufreizung zum Klassenhaß nach § 130 schuldig machte. Busch selbst wurde durch den Kommissar verhaftet. Über diesen Vorfall erschienen am 8. Februar d. J. in den erwähnten anarchischen Zeitschriften Artikel, in denen u. a. die Behauptung aufgestellt wurde, daß Busch nach seiner Festnahme auf der Polizeiwache mit einem Gummischlauch mißhandelt worden sei. In seiner kommissarischen Vernehmung war von Busch diese Behauptung bestätigt worden. Wegen dieser Artikel wurde von dem Kommissar W. gegen Fischer als verantwortlichen Redakteur des „Revolutionärs“ und gegen Schmiel als Redakteur des „Freien Arbeiters“ Anzeige wegen Beleidigung erstattet. Die Strafammer hielt beide Angeklagte des Vergehens gegen die §§ 185, 186 für überführt und erkannte gegen Fischer auf 6 Wochen und gegen Schmiel auf drei Wochen Gefängnis zusätzlich, sowie auf Einziehung der Platten und Formen. Außerdem wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis zugesprochen. — Und der Staat — der Staat ist gerettet. . .

Aus Nah und Fern.

Reservistenfreunden. Am 22. August früh 7 Uhr waren gegen 350—400 Reservisten auf dem Hofe des Bezirkskommandos am Tempelhofer Felde in Berlin versammelt, um auf vier Wochen ihrem Berufe entzogen zu werden. Wie immer bei solchen Gelegenheiten, ging streng militärisch zu. Trotz des andauernden Regens mußten alle im Freien warten, bis endlich gegen 7 Uhr die Tore des Exerzierhauses geöffnet wurden. Vier Stunden dauerte es, bis die Einteilung nach Kompagnien vollzogen war. Kurz vor der Abfahrt sollte jeder Mann 50 Pfg. erhalten, jedoch wurden, ohne zu fragen, 10 Pfg. für Kaffee abgezogen, der in kleinen Rapsen verabfolgt wurde. Um 11 Uhr erfolgte die Abfahrt nach Jauer, wo wir abends 9 1/2 Uhr bei strömendem Regen und heftigem Gewitter ankamen. Trotz des Regens mußten wir nach der etwa 20 Minuten entfernten Kaserne marschieren. Vollständig bis auf die Haut durchnäßt, kamen wir in der Kaserne an. Pakete, Kartons usw. waren teils gerissen, teils durchnäßt, so daß viele Ruhentensilien usw. verloren waren. Dreiviertel Stunden mußten wir noch im Exerzierhaus warten, klappend und frierend, ehe uns die Kompagnien angewiesen wurden. Am nächsten Morgen wiederholte sich derselbe Vorgang, „he alles klappte“. Vormittags in der zehnten Stunde kamen wir endlich dazu, unsere nassen Kleider gegen des „Königs Rock“ einzutauschen. Sonnabend eingetroffen, erhielten wir erst Montag abends Brot. Von Anfang an hatten wir einen Dienst dann auszuhalten, der auf die Dauer ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Täglich 9 bis 10 1/2 Stunden Dienst außer den Vorarbeiten (Rufen usw.). Appell ist die Regel. Der Tagesdienst war folgender: 6—7 Unterricht, 7 1/2—9 Uhr Exerzieren, von da ab Gefechtsübungen; darauf Gewehrreinigung, Aufstellung mit Gewehr und Seitengewehr, eine Stunde Unterricht, 3/4 7 Uhr Ausrücken zum Nachfelddienst, 10 Uhr Einrücken, früh 4 Uhr Aufstehen, um 5 1/2 Uhr Abmarsch zum Felddienst, 3/4 2 Uhr mittags Einrücken. Wer Soldat gewesen ist, wird wissen, was es bedeutet, nach einem Nachfelddienst am frühen Morgen einen Felddienst folgen zu lassen von 8 1/2 Stunden Dauer! Ohne Rücksicht auf den ungeheuren Dienst treibt obendrein ein Appell den andern, eine Aufstellung die andere. Bedenkt man dabei, daß die Beteiligten fast nur aus Reservisten bestanden, welche, da etwa drei bis fünf Jahre aus dem aktiven Dienste entlassen, zu 90 Proz. Familienväter sind, so kann sich jeder eine Vorstellung davon machen, welche Gefühle den einzelnen beschlügen. Dazu kam noch der echt preußische Ton: „Sauherde, ich reite Euch nieder“ usw., die der Herr Hauptmann gegenüber Familienvätern anzuwenden beliebte. Das erhöht „die Lust und die Liebe“ zum Dienst natürlich ganz besonders. So mancher Unteroffizier glaubt, daß „Du“ sei die richtige Anrede für Reservisten. Was unsere Sachen anbetrifft, wie Rösche und Hosen, die wir erhalten haben, so spotten diese aller Beschreibung, zerrissen, schmutzig, flüchtig überall. So geht nun unsere Kompagnie den 8. September ins Wandern. Etwa 15 Proz. sind bereits fußkrank von den fortwährenden Märschen usw., die uns oft die Zeit nehmen, in Ruhe zu Mittag zu essen. 95 Proz. sind Berliner und Berlin hat gewiß ein Recht darauf, zu erfahren, wie es uns als Reservisten geht.“

Vom polnischen Kriegsschauplatz. Mit schlecht verhehlter Brut berichtet die habsburgische Presse: Der Pole Kapar Strozynski aus Pawlowitz, Kr. Bissa, hat ein 57 Morgen großes Grundstück von dem „Deutschen“ Markter gekauft. In den letzten acht Jahren haben die Polen allein in dieser Ortschaft 900 Morgen Land aus deutschen Händen ausgekauft. — Eine neue polnische Volksbank soll in Groß-Strehlitz in Oberchl. gegründet werden. Ferner ist eine große polnische Zigarrenfabrik, an deren Aufbau, wie die polnischen Blätter rühmend hervorheben, keine einzige deutsche Firma mitgewirkt hat, in den letzten Tagen in Polen eröffnet und vom Propst Wager eingeweiht worden. — Die Polen rüsten auch bereits mit aller Kraft für die Stadtverordnetenwahlen in den Städten der Ostmark. Kein Wunder, wenn den Habsburgern schmil zumute wird.

Aus ostelbischen Gefilden. Was man auf die Klagen über die „Leutenot“ geben kann, lehrt folgender Vorfall: Ein Gutsbesitzer, der kontraktlich verpflichtet war, bis zum

1. Oktober seinen Justmann zu behalten, wurde plötzlich wegen eines geringfügigen Vorfalls kontraktbrüchig und kündigte dem Arbeiter nicht nur den Dienst, sondern auch die Wohnung. Als der Justmann die Wohnung, die er nach dem Kontrakt bis zum Oktober zu bewohnen hatte, nicht sofort räumte, erhielt er vom Amtsvorsteher folgenden bezeichnenden Akt:

„Wounded, den 1. September 1908.

Laut Mitteilung Ihres gemeinsamen Brotherrn — des Gutbesizers Herrn Herbst-Abgehehen — sind Sie seiner Kündigung am Donnerstag, den 27. August, die Wohnung zu räumen, nicht nachgekommen. Ich fordere Sie nun hiermit auf, die Wohnung bis zum Freitag, den 4. ds. Mts., zu räumen, widrigenfalls Sie mit 10 Mark oder entsprechender Haft in Strafe genommen und auf Ihre Kosten durch den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung gesetzt werden müssen.

Der Amtsvorsteher
gez. Kadzjehn.

So steht ostfriesches Recht aus. Und da wundert man sich über die Landarbeiterflucht.

Der Oberbürgermeister als Chef-Redakteur. Einen bezeichnenden Einblick in das bürgerliche Presseleben gestattet folgende Notiz unseres Dresdener Parteiorgans. Es heißt da: Vor kurzem hat es großen Krach auf dem Rathaus gegeben, weil ein städtischer Beamter eine Notiz in das Amtsblatt, den „Dresdener Anzeiger“, gegeben hatte, die den Intentionen des Herrn Oberbürgermeisters Beutler nicht entsprach. Es handelte sich um die Verhandlungen im Rat über das Unglück Zeppelins bezw. um eine etwaige Zeppelinpende aus städtischen Mitteln. Dieser Vorgang hat einen Bruchwechsel zwischen Herrn Beutler und Grafen Zeppelin herbeigeführt, durch dessen in die Augen fallende Veröffentlichung Herr Beutler die Vertung für das Verhalten des Rates sucht, gegenüber den nationalen Speißporren. — Die angelegliche falsche Notiz des Anzeigers scheint dem Oberbürgermeister stark auf die Nerven gefallen zu sein. Wir wissen ja längst und haben es wiederholt betont, daß er so eine Art Vorlesung für die Redaktion des „Dresdener Anzeigers“ spielt und in einer Weise in die Redaktionsführung eingreift, die sich eine selbständige Redaktion nicht gefallen lassen würde. Der fragliche Vorgang zeigt dieses Verhältnis einmal im schönsten Lichte. Der Oberbürgermeister hat nämlich einen kategorischen Befehl an die Amtsblatt-Redaktion gerichtet; wir sind in der Lage, ihn wörtlich wiederzugeben. Herr Beutler kommandiert also:

Dresden, 15. August 1908.

Im „Dresdener Anzeiger“ sind jetzt wiederholt Artikel und Mitteilungen aus der städtischen Verwaltung erschienen, deren Manuskript oder Korrekturabzug ich vorher nicht gesehen und gezeichnet habe. Um zu vermeiden, daß über die städtische Verwaltung unrichtige und sie schädigende Angaben verbreitet werden, beauftrage ich die Redaktion des „Dresdener Anzeigers“, mir jeden Artikel, der ihr aus der städtischen Verwaltung oder über dieselbe zur Veröffentlichung zugeht oder den sie zu gleichem Zwecke auf Grund mündlicher Auskunft städtischer Beamten selbst verfaßt, im Korrekturabzug zur Zeichnung vorzulegen und ihn, bevor er diese nicht trägt, nicht zu veröffentlichen.

Der Oberbürgermeister, gez. Beutler.

Herr Beutler befiehlt also in kurzem, fast barschem Tone, daß er in allen Fällen in letzter Linie bestimmt, wie und was über die städtische Verwaltung im „Dresdener Anzeiger“ geschrieben werden darf! Die Leser des Amtsblattes werden demnach in Zukunft den Wert derartiger Auslassungen zu bemessen haben. Nur, was dem Oberbürgermeister konveniert, kommt in das Blatt! Unseres Wissens sagen die Bestimmungen über den „Dresdener Anzeiger“, der eine Einrichtung der Günstigung ist, daß die Redaktion völlig unbeeinträchtigt geführt werden soll. Das Beutlerische Kommando aber drückt die Redakteure des Anzeigers zu Schreibstills herab. Wie uns bekannt ist, erlaubt sich Herr Beutler auch in anderen Fällen derart unerhörte Eingriffe, sogar gegen über Artikeln von wissenschaftlichen Mitarbeitern. Herrn Professor G. dürfte das nicht unbekannt sein. Die bürgerlichen Herren Journalisten und Schriftsteller sind stets recht sehr auf ihre sogenannte Ständeschre bedacht. Hier haben sie einen eskalanten Fall, der zur Stellungnahme direkt anreizt. Werden die Herren andeuten?

Bürgerliche Stadtväter unter sich. Die Väter der idyllisch gelegenen Stadt Bad Kösen sind in wildem Zorn miteinander entbrannt und jagten sich in der letzten Stadtvorordnetenversammlung habneheliche Grobheiten. Der Vorsitzende Siebold teilte mit, daß der Magistrat sich beim Regierungspräsidenten beschwert habe über ihn (den Vorsteher). Stadtvorordneter Kersten fragte an, warum der Vorsteher wieder eigenmächtig die Magistratsvorlagen nicht an erster Stelle auf die Tagesordnung gesetzt hätte, da sie von außerordentlicher Tragweite wäre, denn der Stadtvorordnender Vorsteher habe unbedeutendweise namens der Stadtvorordnetenversammlung haarscharf verurteilende Verleumdungen gegen den Bürgermeister Kreischmar unterschrieben. Nach längerer erregter Debatte erklärte Herr Kersten weiter, daß der Vorsteher namens der Versammlung ganz unerhörte Angriffe, wie von gemeiner Verleumdung trocken, gegen den Bürgermeister losgelassen hätte, die ihm, dem Vorsteher, jedenfalls sechs Monate Gefängnis kosten würden; dagegen müßte das Kollegium ganz energisch protestieren, daß es durch Herrn Siebold in derartige Schmutzereien mit hineingezogen würde. Vorsteher S. rügte die Redeweise des Herrn Stadtvorordneters. Herr Kersten fiore durch seine Brutalität den friedlichen Verlauf der Verhandlung. Stadtvorordneter Dr. Risse erklärte, die Ausfälle des Herrn Kersten seien gegen jede Moral. Stadtvorordneter Kersten, sehr erregt: Dr. Risse solle sich um seine eigene Moral kümmern, hauptsächlich bei seinen Häuermakelereien; er solle doch nur an den Musikdirigenten denken. Dieserhalb würde noch mit ihm abgerechnet werden. Vorsteher S. ruft Herrn K. zur Ordnung rufen, so oft er Lust hätte, das Recht ließe er trotzdem nicht unterdrücken. Darauf erheben sich die Stadtvorordneten Kersten, Naumann, Wolff und Seiffert. Herr Kersten erklärt, sie müßten unter diesen Umständen zur Wahrung ihrer Rechte die Versammlung beschlußfähig machen. Durch ihr Weggehen aus der Versammlung solle der Bürgerentscheid dokumentiert werden, daß sie Herrn Siebold für unwürdig hielten, einer Stadtvorordnetenversammlung noch weiter vorzustehen. Es geht also gemächlich zu im Rate der guten Stadt Kösen.

Opfer der Döberitzer Kaiserrede. Wegen Schuld an der Verbreitung der bekannten „Döberitzer Kaiserrede“ Kaiser Wilhelm II. sollen zwei Offiziere des Gardekorps, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge, den Abschied erhalten haben.

Erstklassige Eisenbahnreise. Einen geradezu ungläublich dreifachen Vorschlag macht die junkerliche „Kreuzzeitung“, um dem Fiasko der Fahrkartensteuer zu begegnen. Das Blatt fordert eine Herabsetzung der Fahrpreise für die erste Wagenklasse und sagt dann weiter:

„Dabei möge man prüfen, ob man nicht die eine Verbesserung, welche früher den Reisenden erster Klasse und zweiter Klasse bei Benutzung der mit Speisewagen aus-

gerüsteten D-Züge zuteil wurde, wieder einführen kann. Die Reisenden der dritten Klasse kommen nun, nach Beendigung des Dinners, an dem sich zu beteiligen ihnen zu teuer ist, in den Speisewagen, nehmen dort eine Flasche Bier, eine Tasse Kaffee, ein Brötchen oder dergleichen zu sich und rauben den übrigen den Platz. Diese Verdrängung wird oft recht lästig, weil einzelne Reisende dritter Klasse außerordentlich lange Zeit gebrauchen, um etwas zu verzehren, andere auch, ohne Speise oder Getränk zu fordern, sitzen bleiben. Es erscheint zu weit getrieben, dem Reisenden, dem durch Gewährung eines Platzes dritter Klasse gegen sehr mäßiges Entgelt die Gelegenheit gegeben ist, in einem Schnellzug eine Reise auszuführen, noch einen zweiten Platz in einem salonnäßig ausgestatteten Wagen, wenn auch nur vorübergehend, einzuräumen. Auch auf unentgeltliche Benutzung der gebotenen Reinigungsmittel (Seife und Handtuch) und anderer, noch einzuführender Bequemlichkeiten sollte man den Reisenden dritter Klasse nicht ein Recht einräumen, damit die Abwanderung in die dritte Klasse nicht noch mehr zunimmt zum Schaden der Staatskasse.“

Diese junkerliche Dreistigkeit erscheint erst dann in richtiger Beleuchtung, wenn man bedenkt, daß die erste Wagenklasse sich überhaupt nicht deckt. Auf Kosten der Passagiere in dritter und vierter Klasse, ist es dann „erstklassigen“ Reisenden erst ermöglicht, die Annehmlichkeiten zu genießen, auf die sie Ansprüche erheben. Warum verlangt das Junkerblatt nicht gleich Salonwagen für die Junker, die natürlich gratis zur Benutzung überlassen werden müßten?

Die Rechtslosigkeit des Lehrers. Das in Düsseldorf erscheinende „Gemeindevorwaltungsblatt“ erzählt das Schicksal eines Lehrers, der sich von einem Bürgermeister verstoßen fühlte und diesen verklagen wollte. Die Sache illustriert so recht die preußisch-deutschen Rechtszustände. Als vor einiger Zeit ein Regierungsrat S. Töning erschienen war, um Untersuchungen vorzunehmen, erklärte der Bürgermeister S., daß der Volksschullehrer S. seiner Ansicht nach zur sozialdemokratischen Partei zu rechnen sei. Nachdem der Lehrer hiervon Kenntnis erlangt hatte, strengte er gegen den Bürgermeister Privatklage wegen Verleumdung an und behauptete, er gehöre zur freisinnigen Partei. Zugunsten des Bürgermeisters erließ die königliche Regierung den Konflikt und betonte, der Bürgermeister, der zur Schulinspektion gehöre, sei berechtigt gewesen, seine Meinung unumwunden zu äußern; eine Überschreitung seiner Amtsbefugnis liege auf keinen Fall vor. Der Lehrer führte aber aus, dem Bürgermeister sei es bekannt gewesen, daß er zur freisinnigen Partei gehöre; der Führer der Freisinnigen habe dem Lehrer sogar offen seinen Dank für die der freisinnigen Partei geleisteten Dienste ausgesprochen. Das Oberverwaltungsgericht erklärte aber den Konflikt der königlichen Regierung für begründet und stellte das gerichtliche Verfahren gegen den Bürgermeister endgültig ein. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, nur bei solchen Beamten sei das gerichtliche Verfahren einzustellen, bei denen ungewissheit bestehe, daß sie sich einer Überschreitung der Amtsbefugnisse nicht schuldig gemacht haben. Dies sei vorliegend anzunehmen. Der Bürgermeister war verpflichtet, seine Überzeugung ungeschminkt zum Ausdruck zu bringen; wenn der Lehrer äußerlich als freisinniger Parteimann aufträte, könne er innerlich doch sozialdemokratisch sein. — Das Oberverwaltungsgericht ist entschieden auf halbem Wege stehen geblieben, denn dem Urteil fehlt der logische Schluß, daß ein Bürgermeister kraft seines Amtes auch die Fähigkeit besitzt, zu wissen, was im Innern eines Lehrers vorgeht.

Der sächsische König und die Soldatenschinder. Eine auffällige Bequäbigung, die durch den König von Sachsen vollzogen worden ist, wird aus Dresden gemeldet. Von dem dortigen Kriegsgericht der 32. Division war im Mai d. J. der Unteroffizier Berthold von der 1. Kompanie des Schützenregiments wegen Mißhandlung eines Untergebenen, durch die der Tod herbeigeführt wurde, unter Annahme mildernder Umstände zu einem Jahre und einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil legte der Gerichtsherr Berufung ein, weil der Angeklagte nicht auch degradiert worden war. Infolgedessen erkannte das Oberkriegsgericht neben der erwähnten Freiheitsstrafe noch auf Degradation. Die Revision beim Reichsmilitärgericht hatte keinen Erfolg. Jetzt hat der König von Sachsen auf ein Gnadengesuch hin die Gefängnisstrafe auf 6 Monate herabgesetzt und sogar die Degradation aufgehoben, so daß Berthold auch fernerhin dem Unteroffizierstande angehört. — Der Vater des sächsischen Königs war es bekanntlich, der als Prinz Georg und als kommandierender der sächsischen Truppen seinerzeit den geharnischten Erlaß gegen die Soldatenschinder ergehen ließ.

Aus dem Lager unserer Gegner. Von einer heiteren Landtagswählerversammlung, die von bürgerlicher Seite anberufen war, weiß die bürgerliche „Sanderstebener Zeitung“ folgende Nettigkeiten zu berichten: „Als erster Disfunktionsredner nach dem Referenten nahm ein gewisser Dr. Cohn das Wort. Dieser sprach über die ihm gewährte Redezeit, so daß ihm das Wort entzogen wurde. Dr. Cohn rief: „Sie sind nur zu feige, mich zu hören!“ Dr. Wallstabe (Güsten): „Das ist eine Frechheit!“ Dr. Cohn: „Wenn Sie sagen Frechheit, sage ich Unverschämtheit!“ Große Unruhe, allgemeiner Tumult. Nach Herstellung der Ruhe sprach Herr Bergmann Müller, jedoch unter der anhebenden Unruhe unvernehmlich. Nach kurzem Hin und Her schloß Herr Dr. Wallstabe die Versammlung, nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete. Herr Dr. Cohn gab hierauf bekannt, daß anschließend eine weitere Versammlung mit dem Thema: „Stellungnahme zur Landtagswahl“ stattfinden würde. Hierauf verließen 30 Personen, meist Güstener Herren, den Saal. Dr. Cohn rief: „Herr Bürgermeister Steiger verläßt mit seiner Schutztruppe den Saal!“ Woas-Güsten: „Sie schmutziger Stänker!“ Große Unruhe, Klatschen und Lärmen. . . . Im weiteren Verlaufe des Abends kamen noch einige Wortgefechte vor, die nichts Besonderes enthielten, höchstens den Lachern der Zuhörer tadelten. Neben meist sachlichen Ausführungen veräußerte es Herr Dr. Cohn nicht, von seiner Spezialität Gebrauch zu machen, seinen Gegner durch ironische Seitenschläge der Lächerlichkeit preiszugeben. Nach einem Schlusssatz des Herrn Dr. Cohn, einmütig für Herrn Reichart einzutreten, damit der Wahlkreis der Sozialdemokratie entziffen werde, wurde die Versammlung nach 11 Uhr geschlossen.“ — Und diese Gesellschaft erlaubt sich, sich über den „Sauerbrenton“ der Sozialdemokratie zu entrüsten. In sozialdemokratischen Versammlungen ist man eine derartige Tonart allerdings nicht gewohnt.

Eine erschütternde Sprache redet in seiner Einfachheit ein offener Brief, den ein französischer Oberleutnant an der Spitze des Blattes „Matin“ an den kommandierenden General seines Armeekorps richtet. Er lautet: „Der Zufall hat mich indiskreterweise über den Bericht unterrichtet, den Sie nach der jüngsten Besichtigung über mich erstattet haben. Es heißt da: „Guter Offizier, ernst und intelligent. Läßt es manchmal an echter Schmeid und Energie fehlen. Hat nicht alles gehalten, was er beim Eintritt ins Regiment versprochen. Schlecht verheiratet. Seine Frau hat keinen „Jour“ und hat niemals die üblichen Besuche des Offizierkorps angenommen. Es empfiehlt sich ein Garnisonwechsel.“ Das ist alles wahr, Herr General, besonders von Ihrem

Standpunkt aus, der Sie mich gekannt haben, als ich die Schule verließ und mit meinem ersten Salon und der Monatsgage von 160 Franks in der Tasche den ersten Schritt auf dem Wege zum Ruhm tat. Ich bin nicht mehr der Mann, der ich damals war, und ich halte es für meine Pflicht, meinen Chef über die Gründe dieser Veränderung ohne Phrasen, Ausflüchte und Verschönigung aufzuklären. Ich bin jetzt 36 Jahre alt, zwölf Jahre Leutnant und, wenn alles gut geht, kann ich in zwei Jahren Hauptmann sein. Acht Jahre lang habe ich als Leutnant und Oberleutnant gelebt wie alle meine Kameraden: sorglos und heiter, glücklich, als Soldat meinen Dienst zu tun, mit leichtem Herzen und leichtem Gepäck aus einer Garnison in die andere ziehend, frei und unbefangen in Geist und Seele. An Gelegenheit, mich mit einem Mädchen zu verheiraten, deren Mitgift ein auskömmliches Leben und die Stetigkeit meiner Behaglichkeit verbürgte, hat es mir nicht gefehlt. Der Zufall hat es anders gefügt. Sie haben recht, Herr General, ich habe mich, wenn man die Dinge unter dem sozialen Gesichtswinkel betrachtet, schlecht verheiratet. Der Realismus des Alltagslebens hat seinen Schatten auf unsere Ehe geworfen, und wir konnten dagegen nicht ankämpfen, da ich arm war und meine Frau keine Mitgift besaß. Heute habe ich zwei Kinder, und ich muß den Lebensunterhalt für vier Personen aus der Tageseinnahme von 8,60 Franks bestreiten. Die Arbeiter, die mit mir im Hause wohnen, sehen mit scheelen Augen auf die Kleider meiner Frau und meine Uniform. Sie ahnen nicht, daß der arme Leutnant im prallstehenden Waffentrock und den elegant hantierten Händen ein Proletarier ist, der hundertmal besagenerwert ist als sie selbst. Mein Budget beziffert sich auf bare 8,60 Franks. Und diese Summe gehört mir nicht einmal unverfälscht. Es kommen davon noch die reglementsmäßigen Ausgaben in Abzug, die meine Einnahmen noch um ein gutes Drittel schmälern. Um uns, meine Frau, die beiden Kinder und mich zu kleiden, um das Kasino und den Burschen zu bezahlen, stehen mir bare 90 Franks pro Monat zur Verfügung, das macht drei Franks für den Tag. Es bleiben 5,60 Franks. Die Miete für meine Wohnung beträgt 450 Franks, ein Betrag, der nicht gerade hoch genannt werden kann. Bleiben 4,10 Franks. Da nach der neuen Vorschrift der Bursche nicht mehr mit Hausarbeit beschäftigt werden darf, bin ich genötigt, mir eine Aufwärterin zu halten. So haben wir denn für Essen und Trinken und unvorhergesehene Ausgaben noch 3,50 Franks täglich zur Verfügung. Sie begreifen, Herr General, daß meine Frau unter diesen Umständen keinen Empfangstag haben kann. Sie müßte an ihrem „Jour“ doch zum mindesten einen dienstbaren Geist, der den Gästen öffnet und sie in den Salon führt, halten, und die Ausgabe für Tee und Kuchen würde weiterhin notwendigerweise aus dem Broffonds der Familie bestritten werden müssen. Ich vermehde es, Herr General, mich über das Glend der Subalternoffiziere unserer Armee weiter zu verbreiten. Meine Geschichte ist banal, und die haben Sie gewiß oft genug gehört. Wenn ich die unerquickliche Lage, in der sich meine Frau und ich befinden, geschildert habe, so geschah es vor allem, um Sie zu bitten, mich nicht zu einem Garnisonwechsel zu zwingen, bevor ich Hauptmann bin. Heute bin ich bei meinen beschränkten Mitteln zu einer Übersiedelung außerstande. Habe ich erst einmal ein um 40 bis 50 Franks höheres Monatsseinkommen, dann wird es mir bei Beibehaltung meiner bisherigen Lebensführung auch möglich sein, die durch den Garnisonwechsel bedingte Mehrbelastung zu tragen. Vorerst bitte ich gehorsamst, Herr General, mir eine solche zu ersparen. . . . Das ist das glänzende Glend des verheirateten Offiziers, der soviel Reinlichkeitsgefühl hatte, kein Mitgiftträger zu sein, und nun lediglich auf seine Wage angewiesen ist. Ob ihm der eheliche Brief nicht in seinem Fortkommen schadet, ist kaum zu sagen. Er ist französischer Offizier. Gehörte er der deutschen Armee an, wäre er wohl die längste Zeit Offizier gewesen.

Russische Lebenswürdigkeiten. über die Untat eines russischen Grenzsoldaten wird der „Thorner Presse“ aus dem benachbarten Grenzorte Alexandrowo berichtet: Gestern nachmittag um 3 Uhr schoß ein russischer Grenzsoldat aus Wut darüber, daß er wegen Trunkenheit aus einem Lokal gemiesen worden war, in eine auf der Dorfstraße versammelte Menschenmenge. Durch den ersten Schuß tötete er einen dreizehnjährigen Knaben und verwundete einen älteren Mann am Unterleib so schwer, daß dieser bald darauf starb. Durch einen zweiten Schuß wurde einem etwa zwanzigjährigen Manne der linke Unterarm durchbohrt und ein dahinterstehender Mann am linken Fuße verletzt. — Die deutsche Regierung wird selbstverständlich ein höfliches Schreiben an die Regierung „Wäterchens“ richten und um Entschuldigung dafür bitten, daß vier deutsche Untertanen einem russischen Soldaten in die Schußlinie gelaufen sind.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Schneider Ahrens, Weinarbeiter Badstehn, Schaffner bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft Wöttcher, Lohrer Bonn, Fabrikant Claassen, Elementarlehrer Welfs in Schlutup, Schneider Durchholz, Kaufmann Freitag, Magazinsverwalter Fuhrmann, Kaufmann Gerber, Hafenarbeiter Heier, Schlachtermeister Sidde, Zuführer bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft Hinrichsen, Arbeiter Ginge, Arbeiter Köhler, Schuhmann Kischel, Zimmergeselle Koch, Handhändler Looke, Realschullehrer Möller, Arbeiter Niemann, Tischlergehilfe Paris, Kaufmann Pockelhoff, Elementarlehrer Sterly, Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter am Landgericht Tiefelmann.

Dieselben haben am 26. August 1908 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Budgetbemittlung, Von R. Kautsky. — Wir und das Zentrum, Von Jean Meerfeld. — Werkwohlfahrts-Einrichtungen, Von Wilhelm Dümel. — Aus der Praxis der proletarischen Jugendbewegung, Von Hermann Wolf (Deuben, Dresden). — Literarische Rundschau: Justizrat Wagner und Generalsekretär Vosberg, Polenspiegel, Die Antriebe der Polen nach ihrer eigenen Presse, Von Hermann Wendel. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.